

Monatsspiegel



September 2007



Adressaufkleber

SPD

Erlangen

Unsere Politik für Erlangen: Mit klaren Zielen und nahe bei den Menschen

Von Ursula Lanig, Oberbürgermeister-Kandidatin

Noch sechs Monate bis zur Kommunalwahl am 2. März 2008 – noch eine lange Zeit? Wir alle haben uns viel vorgenommen: Gemeinsam wollen wir die bestimmende Kraft in Erlangen werden – und ich die erste Oberbürgermeisterin der Stadt! Dieses Ziel wird uns allen noch eine Menge Arbeit abverlangen und ich denke: das ist es auch wert. Denn Erlangen braucht wieder eine verlässliche Politik mit klarer Linie!

Von der Beliebigkeit zur klaren Linie

Privatisierung der Stadtwerke ja – nein, Privatisierung der Erlanger Bäder ja – nein, Südumgehung Buckenhof ja – nein, Museumswinkel entwickeln jein – oder doch nicht, Medical Valley, Medizinhauptstadt, Stadt der Wissenschaften, Radfahrerstadt, autofreundliche Stadt, Umweltstadt, Einkaufsstadt, e-City, Kinder und Familienstadt... die Ausrichtung der Erlanger Stadt-

politik hat sich in den letzten Jahren oft verändert. Heute so, morgen so. Keine klare Linie, kein klares Ziel, was und wohin man eigentlich will. Großartig abgesprungen und kleinlaut gelandet.

Die Menschen in Erlangen haben im Rathaus eine Mehrheit verdient, die klare Ziele für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt verwirklichen will und nicht mit dem Hang zur Beliebigkeit einem Sammelsurium an Versprechungen erliegt. Die ausgehend von den sozialdemokratischen Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität einen verlässlichen und stetigen Weg in die Zukunft geht und nicht hektisch nach neuen Etiketten schießt.

Wir haben seit 1996 konstruktive Oppositionsarbeit im Erlanger Stadtrat geleistet: Wir haben realistische Vorschläge eingebracht und politische Alternativen aufgezeigt, die den Interessen der Bürgerin-

nen und Bürger unserer Stadt geschuldet waren. Für uns sind und bleiben die Menschen in Erlangen Dreh- und Angelpunkt unserer Politik und nicht ferne Investoren, die Städte als Selbstbedienungsläden sehen.

Ich setze mich dafür ein, dass

- Erlangen ein freundliches Gesicht bekommt: Bauliche und energetische Sanierung, schützt das Klima, macht die Stadt attraktiver und fördert den gewerblichen Mittelstand,
- Unabhängig vom Geldbeutel der Eltern für Bildung von Anfang an – und ein Leben lang – gesorgt ist: dazu gehört sowohl qualitativ hochwertige Betreuung von der Krippe über Hort bis zu Ganztageeinrichtungen als auch kulturelle und berufliche Weiterbildung,
- In unserer Stadt Kultur und Kunst im öffentlichen Raum vom Straßenfest bis

Fortsetzung auf Seite 3

04.09.	20:00	Distrikt Bruck	FSV Bruck	S. 17
04.09.	20:00	Jusos	August-Bebel-Haus	S. 22
08.09.	14:00	Fahrradtour Frauenaurach	TSV Frauenaurach	S. 18
11.09.	20:00	Distrikt Frauenaurach	Gemeindezentrum Frauenaurach	S. 18
11.09.	20:00	Distrikt Tennenlohe	Sportgaststätte "zur Wied"	S. 20
12.09.	20:00	AsF	August-Bebel-Haus	S. 21
13.09.	18:00	Kreisvorstand	Turnerbund	
13.09.	20:00	Kreismitgliederdersammlung	Turnerbund	S. 4
18.09.	19:00	Distrikt Innenstadt	Dritte-Welt-Laden	S. 19
18.09.	20:00	Distrikt Dechsendorf	Gasthof Rangau	S. 17
18.09.	20:00	Distrikt Eltersdorf	Schützenhaus	S. 18
18.09.	20:00	Jusos	August-Bebel-Haus	S. 22
19.09.	16:00	60plus	August-Bebel-Haus	S. 21
19.09.	18:00	Distrikt Ost	AWO Ost	S. 19
19.09.	20:00	Distrikt Anger	Angerwirt	S. 17
19.09.	20:00	Distrikt Süd	Biergarten Röthelheim	S. 20
30.09.	18:00	Verleihung des K-H-Hiersemann-Preises	Redoutensaal	S. 7
01.10.	17:00	Veranstaltung Lissy Gröner	Nürnberg, Presseclub	S. 11
05.10.	16:00	Ortsrundgang Tennenlohe		
09.10.	20:00	Distrikt Tennenlohe	Schlossgaststätte	
18.10.	16:00	Veranstaltung 60plus	Haus des Handwerks	S. 21

Kontakt

Kreisverband Erlangen-Stadt

Vorsitzender: Robert Thaler
 Geschäftsführerin: Karin Franke
 Friedrich-List-Straße 5
 91054 Erlangen
 Telefon: 09131-8126522
 Fax: 09131-8126513
 E-Mail: buero@spd-erlangen.de
 Internet: www.spd-erlangen.de
 Bankverbindung: Sparkasse Erlangen, BLZ 76350000, Konto-Nr. 12005

Bürozeiten:

Montag 9:00 bis 12.30, 15:00 bis 18:00 Uhr
 Dienstag 9:00 bis 12:30 Uhr
 Mittwoch 9:00 bis 12:30, 15:00 bis 18:00 Uhr
 Donnerstag 9:00 bis 12:30 Uhr
 Freitag 9:00 bis 12:30 Uhr

Impressum

Herausgeber

SPD-Kreisverband Erlangen
 Friedrich-List-Straße 5, 91054 Erlangen

Presserechtliche Verantwortung und Leitung

Philipp Dees
 Lichtenfelser Weg 6
 91056 Erlangen
 Telefon: 09131-483791
 monatsspiegel@spd-erlangen.de

Mitarbeit: Lars Thomsen

Druck: Gruner Druck, Erlanegn

Auflage: 700 Stück

zum Theater und vom Jugendclub bis zum Volkshochschulkurs gefördert wird,

- Ernst gemacht wird mit der „Gesundheitsstadt“: Radwege und ein optimiertes Nahverkehrssystem sollen für umweltfreundlicheren Verkehr und besseres Klima sorgen,
- Erlangen seine Stadtwerke, Bäder und Wohnungen in eigener Hand behält. Denn kommunale Gesellschaften wie ESTW und GEWOBAU sind Eigentum der Erlangerinnen und Erlanger und bieten nachhaltige Daseinsvorsorge und stützen den städtischen Haushalt!

Erlangen – offen aus Tradition

Gerade in der Gemeinde, der Stadt, wird Politik für die Menschen unmittelbar greifbar. Bürgernähe und vor allem Glaubwürdigkeit kommen hier eine besondere Bedeutung zu, da für alle Menschen deutlich wird, ob jemand für seine Stadt steht oder eher die eigene Karriere im Auge hat. In die Politik können und sollen sich die Bürgerinnen und Bürger einmischen! In der Kommune sind die Hürden dafür vergleichsweise niedrig. Gerade deshalb müssen vor Ort ihre Anregungen, ihre Erfah-



rungen und ihre Kritik vor den fälligen Entscheidungen Gehör und Beachtung finden.

Entscheidungen des Erlanger Stadtrates müssen auch auf Probleme reagieren, die uns andernorts „eingebrockt“ werden – und wir werden unsere Reaktionen an den Menschen orientieren: sei es unsere Absicht, die Krippenplätze in der kommenden Stadtratsperiode weit über das bayerische Ziel auf 50% auszubauen, sei es die Förderung von Mehrgenerationenhäusern. Oder seien es Horte und Lernstuben, die Kindern und Jugendlichen eine sinnvolle Nachmittagsbeschäftigung bieten, solange

die bayerische Staatsregierung noch über die Einführung von mehr Ganztagschulen nachdenkt (dies soll in ca. 10-15 Jahren umgesetzt werden, für das G8 wurden nur 1½ Jahre benötigt!).

Wir werden den „Erlangen Pass“ einführen, den die bisherige Mehrheit aus CSU/FDP/FWG diesmal noch abgelehnt hat: Damit können sich auch Menschen mit wenig Geld die Volkshochschule, das Schwimmbad und das Theater leisten. Und wir werden dafür sorgen, dass in den Stadtteilen Zentren erhalten oder errichtet werden, in denen sich die Menschen treffen und einander kennen lernen können. Integration findet im Wohnumfeld statt, und Erlangen mit der SPD wird „offen aus Tradition“ bleiben.

Dies kann nur ein Ausschnitt aus unserem nun vorliegenden umfassenden Programm sein, das in Kürze im Parteibüro zu haben ist. Wer Zugang zum Internet hat kann dort unter www.spd-erlangen.de oder www.lanig-spd.de nachlesen.

Was wir schon geschafft haben...

Die Kandidatin für das Amt der Oberbürgermeisterin steht fest, die Kandidatinnen und Kandidaten für die Stadtratsliste sind gewählt und das Programm liegt vor. Allen Beteiligten, die mit ihrer intensiven Mitarbeit dazu beigetragen haben, sei hiermit herzlich gedankt:

- den Organisatorinnen und Organisatoren unserer Dialogveranstaltungen auf denen wir die Anregungen von vielen Bürgerinnen und Bürgern aufgenommen haben,
- den Sprecherinnen und Sprechern der Fraktion und den aktiven Mitgliedern für die Arbeit an den jeweiligen Bereichen des Programms,
- Moni Wendler und Florian Janik, die die Programmdiskussion in- und außerhalb der Partei organisiert haben,
- den Mitgliedern des Geschäftsführenden Kreisvorstands und den immer engagierten Organisationsreferenten Christa Matern und Jochen Kraft,
- der Wahlkampfleitung um Dieter Rosner
- und last but not least ganz bestimmt nicht unseren Spendern! Vielen Dank!

... und was wir noch tun müssen, wenn wir gemeinsam Erfolg haben wollen

Es muss jetzt nach außen getragen werden, dass die SPD die besseren Argumente und das bessere Team für die Zukunft unserer Stadt hat. Dazu müssen alle stärker Präsenz zeigen und vor Ort ansprech-



bar sein: bei Infoständen, Veranstaltungen, Hausbesuchen und Ortsbegehungen müssen wir mit euch, unseren Mitgliedern und KandidatInnen, die Menschen davon überzeugen, dass bei uns die Verantwortung für Erlangen besser aufgehoben ist und dass es viele gute Gründe gibt, am 2. März 2008 Ursula Lanig und die SPD zu wählen!

Allerdings: Das kann ich allein nicht stemmen und ich bedanke mich bei allen, die mich bei Terminen bisher nach Kräften unterstützt haben und sich dabei auch selbst den Wählerinnen und Wählern vorstellen konnten. Diese Chance steht euch allen offen!

Ihr alle seid mit euren Kompetenzen, eurer vielfältigen beruflichen, sozialen und kulturellen Verankerung wichtige Botschafter unserer gemeinsamen Überzeugung. Die SPD ist eine diskussionsfreudige offene Partei, das ist gut so und das soll auch so bleiben. Im vor uns liegenden Wahlkampf werden wir gemeinsam zeigen, dass es keine geschlossenere und überzeugendere Partei in Erlangen gibt.

Daher: Lasst uns gemeinsam für unseren Erfolg bei der Kommunalwahl 2008 und die bessere Politik für Erlangen kämpfen! Miteinander sind wir stark!

In diesem Sinne: Vorwärts immer – rückwärts nimmer!

Euere Ursula Lanig

Kreismitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir laden Euch herzlich ein zu unserer nächsten

Kreismitgliederversammlung

**am Donnerstag, 13. September, 20.00 Uhr,
Blaue Traube im Turnerbund, Spardorfer Straße 79**

Als **Tagesordnung** schlagen wir euch vor:

1. Aktuelles
2. Wahl der Delegierten zur Vertreterversammlung am 11. Oktober für die Aufstellung der Landtags- und Bezirkstagskandidaten 2008
3. Berichte aus den Distrikten und Arbeitsgemeinschaften
4. Verschiedenes

Bitte beachtet: Bei Tagesordnungspunkt 2 ist nur wahlberechtigt und wählbar, wer Mitglied des Kreisverbandes ist, am Tag der KMV mindestens 18 Jahre alt ist, deutscher Staatsbürger bzw. deutsche Staatsbürgerin ist, in Erlangen, Heroldsberg oder Möhrendorf wohnt sowie seit mindestens drei Monaten in Bayern lebt (also bei einer Landtagswahl am gleichen Tag im Stimmkreis Erlangen wahlberechtigt wäre).

Robert Thaler

Ursula Lanig

Dieter Rosner

Kreisvorstandssitzung im September: Donnerstag, 13. September, 18:00 Uhr, Blaue Traube im Turnerbund

Antrag an die Kreismitgliederversammlung am 13. September 2007

Antragssteller: Andreas Richter, Friedensbeauftragter im SPD-Kreisvorstand

Die SPD Erlangen unterstützt den Aufruf „Frieden für Afghanistan - Keine Verlängerung der Bundeswehreinätze“ und ruft mit zur Demonstration „Bundeswehr raus aus Afghanistan“ am 15. September in Berlin auf.

Frieden für Afghanistan - Keine Verlängerung der Bundeswehreinätze!

*„... dann gibt es nur eins: Sag NEIN!“
(Wolfgang Borchert, 1947)*

Im September und Oktober steht die Fortsetzung der Beteiligung der Bundeswehr an dem NATO-Krieg "Operation Enduring Freedom" und dem UN-mandatierten ISAF-Einsatz auf der Tagesordnung im Bundestag. Erneut steht die Entscheidung Krieg oder Frieden an. Aus diesem Anlass bekräftigen wir unser entschiedenes NEIN zum Krieg.

Die proklamierten Ziele der Militäreinsätze - Terrorismusbekämpfung sowie Demokratisierung und Wiederaufbau - sind nicht erreicht. Im Gegenteil: Die Lage im Land verschlechtert sich zusehends und in Afghanistan selbst, in Deutschland und weltweit wird der Krieg aus guten Gründen mehrheitlich abgelehnt. Mit dem 2001 von der US-Regierung begonnenen völkerrechtswidrigen "Krieg gegen den Terror" sollen die Einfluss-Sphären der USA und ihrer Verbündeten im Nahen - und Mittleren Osten erweitert werden. Eine Politik zur militärischen Absicherung ökonomischer und geostrategischer Interessen lehnen wir ab. Sie kann nicht zum Frieden führen.

Afghanistan ist heute von demokratischen Verhältnissen weit entfernt. In den meisten Regionen herrschen Warlords und Drogenbarone; Gewalt, Terror und Drogenhandel beherrschen den Alltag. Die Bevölkerung, die immer häufiger Zielscheibe der Angriffe ist, lebt in ständiger Angst und unter unwürdigen sozialen Bedingungen. Durch den Tornado-Einsatz wurde die - seit Anbeginn betriebene - deutsche Kriegsbeteiligung ausgeweitet und die Verquickung von OEF und ISAF fortgeführt. Deutschland beteiligt sich damit an der militärischen Eskalation und nimmt den Tod vieler weiterer Menschen, auch deutscher Soldaten, in Kauf.

An Stelle der von wirtschaftlichen Interessen geleiteten militärischen Machtpolitik müssen Abrüstung, zivile Konfliktregulierung und diplomatische Verhandlungen treten. Nur so können die gewaltigen Probleme gelöst werden.

Der zivile Wiederaufbau in Afghanistan sowie eine humane Entwicklung können überhaupt erst gelingen, wenn der Krieg beendet ist. Was Afghanistan braucht, ist Frieden als Voraussetzung für eine souveräne Demokratie. Die Kriegsschäden müssen durch die Krieg führenden Staaten beseitigt, alle Truppen müssen abgezogen und die

sonit frei werdenden Mittel für humanitäre Arbeit zur Verbesserung der Lebensbedingungen genutzt werden. Seit 2002 wurden in Afghanistan 85 Mrd. Dollar für Militärmaßnahmen, dagegen nur 7,5 Mrd. Dollar für den zivilen Wiederaufbau eingesetzt.

Die Beendigung der Bundeswehreinätze kann ein erster Schritt zum Frieden sein. Das würde auch die Bush-Administration unter Druck setzen, die US-Truppen ebenfalls zurückzuziehen.

Wir fordern die Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf, einer Mandatsverlängerung nicht zuzustimmen!



Erlanger Mieterinnen- und Mieterverein

Mörendorfer Str. 1c · 91056 Erlangen
Tel. 09131/4 32 26

Beitragssätze

Der ermäßigte Mitgliedsbeitrag in Höhe von 24,- Euro pro Jahr gilt für alle:

- Schüler/-innen
- Studenten/-innen
- Lehrlinge
- Rentner/-innen
- Arbeitslose
- Sozialhilfeempfänger/-innen
- Wehr- und
- Zivildienstleistende

Alle anderen zahlen 30,- Euro jährlich. Hinzu kommt eine einmalige Aufnahmegebühr von 2,50 Euro.

Wir bieten

- Beratung unserer Mitglieder in allen Fragen des Mietrechts. (siehe Beratungstermine)
- Informations- und Erfahrungsaustausch durch unsere Rundbriefe.
- Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Vereinsarbeit.
- Offenheit für alle Beiträge im konkreten und politischen Handeln.

Beratungstermine

Jeden Dienstag von 18.00 - 20.00 Uhr
im E-Werk an der Fuchsenwiese,
Gruppenraum 2 (3. Stock)

Jeden ersten Montag im Monat
von 17.30 - 19.00 Uhr in der Scheune,
Odenwaldallee 2

Jeden ersten Donnerstag im Monat
von 17.00 - 19.00 Uhr im
Begegnungszentrum Fröbelstr. 6,
Stadtteil Bruck

Während des Semesters jeden
Donnerstag von 18.00 - 19.00 Uhr
im Sprecherrat, Turnstraße 7

Ansonsten nach telefonischer
Vereinbarung, Tel.: 43226
(Montag bis Freitag von
9.00 - 12.00 Uhr)

Wir gratulieren zum Geburtstag



Wir gratulieren herzlich nachträglich allen Genossinnen und Genossen, die im August Geburtstag hatten. Ebenso herzlich gratulieren wir den Genossinnen und Genossen, die im September ihren Geburtstag feiern können. Wir wünschen euch allen für euer nächstes Lebensjahr alles Gute

- | | |
|---|---|
| 03.08. Fritz Hollaender
85 Jahre | 04.09. Martin Strickroth
77 Jahre |
| 04.08. Andreas Hahn
81 Jahre | 05.09. Manfred Preuß
70 Jahre |
| 07.08. Marga Mittag
76 Jahre | 11.09. Jutta Pröbß-Peter
50 Jahre |
| 07.08. Franz Stuhlmüller
60 Jahre | 14.09. Kurt Steinmüller
73 Jahre |
| 12.08. Helga Blümel
72 Jahre | 20.09. Anneliese Weinicke
88 Jahre |
| 21.08. Erhard Königsreuther
80 Jahre | 21.09. Rudolf Schwarzenbach
70 Jahre |
| 23.08. Wilhelm Gehr
50 Jahre | 24.09. Karlheinz Eger
74 Jahre |
| 03.09. Ute Kampmann
65 Jahre | 25.09. Bruno Raber
65 Jahre |

Wir trauern um Helmut Riekert

Rede von Robert Thaler bei der Trauerfeier

Liebe Frau Riekert,
liebe Angehörige und Freunde von Helmut Riekert
liebe Genossinnen und Genossen,
werte Trauergemeinde
meine sehr geehrten Damen und Herren!

Als uns am vergangenen Montag die Kunde vom Tod von Helmut Riekert übermittelt wurde, kam diese trotz des erfüllten Lebens von Helmut überraschend.

Wir hatten ihn alle bis vor kurzem als aktiven Genossen, als Schreiber von Leserbriefen für unseren Monatsspiegel, als Antragssteller und als fundierten Debattenredner vor Augen.

Mit Helmut Riekert hat uns ein Mensch für immer verlassen, der über viele Jahrzehnte stets ansprechbar und diskussionsfreudig war, dessen Schaffenskraft und Belesenheit von großer Bedeutung für unsere Partei war, dessen Lebenserfahrung in unsere politische Willensbildung vor Ort eingeflossen ist - der in der Erinnerung lebendig bleiben wird.



So ist es mir, ist es uns, der SPD Erlangen, dem Kreisvorstand, dem Unterbezirk mit seinem Vorsitzenden Georg Brugger, dem Ortsverein Uttenreuth mit seiner Vorsitzenden Jutta Ledertheil, 60plus mit seinen Vorsitzenden Alois Langbrugger, Helga Steeger und Birgit Rigoll, aber auch unserem Landtagsabgeordneten Wolfgang Vogel ein echtes Bedürfnis Ihnen, liebe Frau Riekert, und der gesamten Familie unser tief empfundenes Mitgefühl zum Ausdruck zu bringen.

Viele Jahrzehnte hat Helmut Riekert der SPD die Treue gehalten, trotz seiner angeschlagenen Gesundheit hat er kaum eine Kreismitgliederversammlung versäumt, und seit Einführung der Arbeitsgemeinschaft 60plus hat er sich mit großem Interesse und auf den verschiedensten Ebenen in die jeweilige Vorstandsarbeit eingebracht.

Die Tätigkeitsberichte von 60 plus zeugen von politischer Verantwortung, von Fachinformationen, von Wahlkampfeinsätzen und von detailliertem Wissen, und Hel-

mut hatte einen großen Anteil an dieser Arbeit.

Stellvertretend möchte ich hier nur an den Antrag zum letzten UB- Parteitag erinnern, den Helmut Riekert für den Vorstand des SPD-60plus-Unterbezirks Erlangen formuliert hatte.

Das hat ihm Respekt und Anerkennung gerade auch bei den jüngeren Genossinnen und Genossen eingebracht.

Und es war auch kein Zufall, dass Helmut vor zwei Jahren trotz seines Alters zum stellvertretenden Delegierten für den Bundesparteitag gewählt wurde.

Liebe Frau Riekert,
liebe Familie Riekert,
werte Trauergemeinde,
wir verneigen uns in Dankbarkeit und Anerkennung vor einem Menschen, der unserer Sozialdemokratischen Partei vor Ort und in ihren Gliederungen mit seinem Engagement, seine Aktivitäten, seiner Zuverlässigkeit, seiner Spontanität und seiner Solidarität unvergesslich bleiben wird.

Wir werden Helmut Riekert mit großem Dank ehrenvoll in Erinnerung behalten.

In Freundschaft

Wegbereiter von SPD-Erfolgen

Zum 70sten von Rudolf Schwarzenbach

„... Ein wesentlicher Charakterzug von Rudi ist aber seine Spielernatur. Damit ist nicht nur gemeint, dass er stadtbekannt ist als ‚Schachkopfer‘, sondern auch, dass der ‚homo ludens‘, der das Spiel liebende Mensch, in ihm auch als politischem Menschen ... sein Recht fordert.“ So hat es Norbert Fuchs in seinem Glückwunsch zum 65. im MS September 2002 formuliert und ihn karikiert mit „nicht frei von Tricks“, „wie ein Schachspieler immer mindestens drei Züge vorausdenken, komplizierte Überlegungen über die Folgen anzustellen“. Auch seine „Kartellbeziehungen“ werden erwähnt. Das ist also bekannt.

Hier seine SPD-Story: Rudi ist schon mehrere Jahre vor der „Willy-Welle“ (1969/1972), die auch der Erlanger SPD einen Mitgliederzuwachs brachte, unserer Partei beigetreten (1960). Er engagierte sich bereits im OB-Wahlkampf 1965 für unseren Kandidaten Dieter Haack gegen den CSU-Amts inhaber. Damals noch vergeblich. Seine Erfolgsgeschichte begann als Wahlkampfleiter für Haack im Bundestagswahlkampf 1969. Dessen O-Ton: „Er hatte innovative Ideen wie zum Beispiel die einer Fragebogenaktion unter den Bürgern zu den politischen Standpunkten des Kandidaten und die Gründung der parteinahen Wählerinitiative auf lokaler Ebene.“

Ergebnis: Die Erlanger SPD hat ihren Stimmenanteil um fast 9% auf 47% erhöht und das Direktmandat mit 56% gewonnen. Daraufhin avancierte Rudi zum Vorsitzenden des bis hinaus nach Lauf und Hersbruck reichenden SPD-Unterbezirks von 1971 bis 1976. In diese Zeit fiel auch sein Fuß-Fassen in der Erlanger Kommunalpolitik. Nach dem stadtdenkmälerlich einmaligen



gen Erfolg der SPD 1972 mit dem 56%-Wahlsieg gegen den amtierenden OB und 24 (von damals 44!) Sitzen im Stadtrat zählte auch der Ex-Jusovorsitzende dazu.

Seit dem war er maßgeblich an den nachfolgenden Kommunalwahlkämpfen als engagierter und kompetenter Mitverfasser un-

serer Programme und Werbeschriften an den Erfolgen der Hahlweg-Ära bis 1996 beteiligt. Als Mitglied des Fraktionsvorstandes und seit 1981 deren Vorsitzender, dann ab 1988 als gewählter berufsmäßiger Stadtrat hat er die schwierigen Jahre eiserner Sparzwänge, des neoliberalen Zauberwortes Privatisierung und den Umwälzungen in der Kommunikationstechnik bärig gemeistert.

Bei seinen öffentlich herausragendsten Verdiensten hat er angeknüpft an sein früheres berufliches Engagement als Mitarbeiter des die DDR und auch Osteuropa analytisch begleitenden Instituts für Gesellschaft und Wissenschaften: Er war maßgeblich beteiligt an den ersten Kontakten für die Partnerschaften mit Jena und Wladimir und an deren Aufbau. Und ist's bis heute. Dafür hat er schon 1997 die Kommunale Verdienstmedaille des Freistaats Bayern erhalten.

Partei, Fraktion und viele, die ihm persönlich verbunden sind gratulieren herzlich mit den besten Wünschen für die Zukunft.
Dietmar Habermeier

Verleihung des Karl-Heinz-Hiersemann-Preises

Die SPD Erlangen und die SPD Mittelfranken verleihen 2007 wieder den Karl-Heinz-Hiersemann-Preis. Ausgezeichnet werden Schülerinnen und Schüler der Hauptschule Hummelsteiner Weg, Nürnberg (Erster Preis), der Ethikkurs der Staatlichen Berufsoberschule Nürnberg (Zweiter Preis), die ASJ-Gruppe „Culture Revolution“, Bad Windsheim (Zweiter Preis) und die Schülerzeitung „Tintenkleks“ der Hermann-Hedenus-Hauptschule, Erlangen (Sonderpreis der SPD Erlangen).

Die Verleihung findet statt am

**30. September 2007,
18:00 Uhr
im Redoutensaal**

Hauptredner wird **Hans-Jochen Vogel** sein. Die musikalische Umrahmung übernimmt **Wolfgang Buck**.

Weitere Informationen unter www.spd-mittelfranken.de

„Offen aus Tradition“

Frauenbrunch von AsF und Jusos

Am 08. Juni war es endlich soweit und zum zweiten Mal veranstalteten der AsF-Unterbezirk und der Juso-Unterbezirk im Frauenzentrum einen Frauenbrunch, bei dem „alte“ und „junge“ Sozialdemokratinnen die Möglichkeit erhalten sollten sich zu treffen und auszutauschen.

Unter dem Motto „Erlangen – offen aus Tradition“ wollte man sich dieses Mal mit Erfahrungen von Migrantinnen auseinandersetzen, die Migrantinnen hier in Erlangen gemacht haben. Dazu wurden die beiden Mitglieder des Ausländerbeirats Ayhan Yaver und Elizabeth Rossiter, sowie die Vorsitzende des Ausländerbeirats Marianne Vittinghoff und Svetlana Forr, Leiterin des Projekts „Integration durch Sport“, eingeladen.

Auf die Frage hin, wie man dazu beitragen könne Integration speziell in Erlangen erfolgreich zu

verwiesen, welches SchülerInnen mit Migrationshintergrund die Möglichkeit bietet ihre Muttersprache als Abiturfach zu wählen.

Hierzulande ist dies nur möglich, wenn sie die „richtige“ Muttersprache sprechen, also westliche Sprachen wie Englisch oder Französisch.

Das Beherrschen von beispielsweise Arabisch oder Türkisch erfährt somit keine angemessene Honorierung und eine Unterteilung in Sprachen „erster“ und „zweiter“ Klassen ist die logische Folge.

Ebenfalls wurde angemerkt, dass man über den weiteren Ausbau des islamischen Religionsunterrichts für muslimische Schülerinnen und Schüler nachdenken sollte.

Bedenklich sei vor allen Dingen die Tatsache, dass Menschen mit Migrationshintergrund versuchen ihre ausländischen Wurzeln zu verbergen, da sie bei Bekanntwerden dieser Nachteile im Beruf oder

auch in der Schule für ihre Kinder befürchten.

Angesichts von 33.000 Frauen, Männern und Kindern mit Migrationshintergrund allein in Erlangen, müsse sich außerdem jede und jeder Einzelne von uns im Klaren darüber sein, dass Integration etwas ist, zu dem jeder und jede von uns positiv beitragen kann

und dies auch tun sollte, so fern er oder sie ein menschliches und gerechtes Miteinander im Sinn hat.

Persönliche Geschichten und ausgiebige Diskussionen fehlten natürlich an diesem Sonntag in keinsten Weise

und am Schluss konnte man eigentlich nur noch eine Einigkeit darüber feststellen, dass ein weiterer Frauenbrunch unbedingt folgen müsse.

Nur der Austausch der Generationen kam für einige zu kurz und soll daher beim nächsten Mal wieder ganz oben auf der Tagesordnung stehen.

Text: Michelle Starck; Fotos: Monika Wendler



gestalten, wurde z. B. die Bedeutung von Sportvereinen hervorgehoben. So könne die aktive Mitgliedschaft in einem Verein, Frauen aus der Isolation heraushelfen, da sie dort die Möglichkeit erhalten andere Frauen kennen zu lernen und Freundschaften zu finden.

Doch auch der Aspekt „Schule“ spielte an diesem Sonntag eine wichtige Rolle. So wurde z. B. auf das irische Schulsystem

Aktuelles aus dem Wahlkampf

Einsatz für das Poetenfest



Mit dem Verkauf des Poetenfest-Pins demonstrierte SPD-OB-Kandidatin Ursula Lanig ihre Verbundenheit mit einer der bedeutendsten und schönsten Literaturveranstaltungen Deutschlands. Zugleich machte sie sich für eine städtische Kulturpolitik stark, die die Finanzierung des Festivals dauerhaft sicherstellt. "Keine Sponsoren – keine Veranstaltung: das ist keine zukunftsweisende Kulturpolitik!", so Lanig.

Ursula Lanig eröffnet Kirchweih in Tennenlohe



Mit Bravour hat die Oberbürgermeisterkandidatin der SPD Ursula Lanig ihr Kirchweih-Debüt gemeistert. Mit nur zwei Schlägen zapfte Ursula Lanig wie ein Profi das Fass an und erklärte die Kirchweih für eröffnet. Die Kerwa-Buam und Madli jubelten und ließen sich das Kitzmann-Bier schmecken.

Ursula Lanig dankt den Katastrophenhelfern

In einem Brief an die Erlanger Feuerwehren und Hilfsdienste dankt SPD-OB-Kandidatin Ursula Lanig für den schnellen und ausdauernden Einsatz der Hilfsorganisationen im Erlanger Raum. „Sie haben gezeigt, dass Sie in Notfällen keine Gemeindegrenzen kennen und damit in bestem Sinne auch für unser Motto: 'Stadt und Land – Hand in Hand' stehen“ heißt es in dem Schreiben.

Gemeinsam mit den SPD-Stadträten Fred Milzarek und Robert Thaler und den SPD-Stadtratskandidaten Peter Gollwitzer und Philipp Dees besuchte Ursula Lanig unterdessen eine Übung der Alterlanger Feuerwehr im Rahmen der dortigen Kirchweih. In ihrem Grußwort betonte Lanig, dass der Einsatz der zahlreichen Helfer für die Opfer dieser Katastrophe ein Zeichen der Anteilnahme und der Hilfe in akuter Not bedeute.

Ursula Lanig begrüßte die angelaufene Spendensammelaktionen. „Auch der Freistaat wird sich hier noch verstärkt engagieren müssen“, sagte sie. Zudem müsse trotz des Drucks auf Baulandausweisung und dem häufigen Interesse an kurzfristigem Profit künftig die Sicherheit des Baugrunds stärker beachtet werden.



Stefan Heinz (links), Vorsitzender der Alterlanger Feuerwehr, im Gespräch mit Ursula Lanig

Die SPD ist bestens für die Kommunalwahl aufgestellt



Der SPD-Kreisverband Erlangen hat in großer Einmütigkeit seine Stadtratsliste für die Kommunalwahl im März 2008 aufgestellt. Spitzenkandidatin Ursula Lanig: "Wir repräsentieren in beeindruckender Weise die Vielfalt unserer Stadtgesellschaft".

An der Spitze des Teams schickt die SPD hinter OB-Kandidatin Ursula Lanig mit Florian Janik, Gisela Niclas, Wolfgang Vogel, Barbara Pfister, Robert Thaler, Felizitas Traub-Eichhorn, Norbert Schulz und Birgit Hartwig kompetente und bewährte Stadträtinnen und Stadträte ins Rennen. Mit dem Internisten Dr. Andreas Arnold und der ehemaligen Lehrerin Elizabeth Rossiter aus Frauenaurach, derzeit Mitglied des Ausländerbeirates, präsentiert die SPD zwei neue Gesichter auf aussichtsreichen Plätzen. Die Ränge 12 bis 20 sind ausgewogen besetzt: mit dem Theologen Jürgen Belz, der Diplom-Physikerin Monika Wendler, dem mittelfränkischen Juso-Vorsitzenden Philipp Dees, der früheren Stadträtin Helga Steeger, dem Politologen Jochen Kraft, der Siemens-Betriebsrätin Christine Bauer, dem THW-Ortsbeauftragten Wolfgang Allstadt, der Grundschullehrerin Sandra Radue und dem Gymnasiasten Jörn Peter.

Die SPD-Liste zur Stadtratswahl 2008

Beschluss der Kreismitgliederversammlung vom 21. Juli 2007

1. **Ursula Lanig**
Geburtsjahr 1953
Gymnasiallehrerin
2. **Florian Janik**
Geburtsjahr 1980
Wissenschaftlicher Mitarbeiter
3. **Gisela Niclas**
Geburtsjahr 1948
Diplom-Sozialarbeiterin
4. **Wolfgang Vogel**
Geburtsjahr 1950
Gymnasiallehrer
5. **Barbara Pfister**
Geburtsjahr 1963
Dozentin, Diplom-Übersetzerin
6. **Robert Thaler**
Geburtsjahr 1943
Diplom-Ingenieur
7. **Felizitas-Traub-Eichhorn**
Geburtsjahr 1954
Gymnasiallehrerin
8. **Dr. Andreas Arnold**
Geburtsjahr 1964
Internist
9. **Elizabeth Rossiter**
Geburtsjahr 1958
Sprachtrainerin/Lehrerin
10. **Norbert Schulz**
Geburtsjahr 1957
Schlosser
11. **Birgit Hartwig**
Geburtsjahr 1958
Diplom-Sozialpädagogin
12. **Jürgen Belz**
Geburtsjahr 1966
Evangelischer Theologe
13. **Monika Wendler**
Geburtsjahr 1977
Diplom-Physikerin, Referendarin
14. **Philipp Dees**
Geburtsjahr 1982
Wissenschaftlicher Mitarbeiter
15. **Helga Steeger**
Geburtsjahr 1946
Dipl.-Sozialpädagogin, Altenberaterin
16. **Jochen Kraft**
Geburtsjahr 1976
Politologe, Doktorand
17. **Christine Bauer**
Geburtsjahr 1952
Kauffrau
18. **Wolfgang Allstadt**
Geburtsjahr 1962
Kaufmännischer Angestellter
19. **Sandra Radue**
Geburtsjahr 1972
Lehrerin
20. **Jörn Peter**
Geburtsjahr 1989
Schüler
21. **Brigitte Rohr**
Geburtsjahr 1952
Kauffrau
22. **Hannes Allabauer**
Geburtsjahr: 1944
Diplom-Ingenieur Elektrotechnik
23. **Heike Fischer**
Geburtsjahr 1960
Arbeitsvermittlerin
24. **Christian Beck**
Geburtsjahr 1985
Student
25. **Dagmar Paliwal**
Geburtsjahr 1942
Philologin, Juristin LL. B. (UK)
26. **Andreas Richter**
Geburtsjahr 1978
Diplom-Physiker, Doktorand
27. **Svetlana Forr**
Geburtsjahr: 1973
Theaterwissenschaftlerin
28. **Peter Gollwitzer**
Geburtsjahr: 1947
Bezirksschornsteinfegermeister
29. **Gertrud Reich-Schowalter**
Geburtsjahr 1949
Lehrerin
30. **Axel Graemer**
Geburtsjahr: 1951
Rechtsanwalt
31. **Michelle Starck**
Geburtsjahr: 1988
Auszubildende
32. **Zafer Titiz**
Geburtsjahr: 1946
Zahnarzt
33. **Christa Matern**
Geburtsjahr: 1950
Rechtsanwaltsfachangestellte
34. **José Luis Ortega Lleras**
Geburtsjahr: 1955
Diplom-Ingenieur
35. **Magdalena Zoglauer**
Geburtsjahr 1946
Großhandelskauffrau
36. **Andreas Lochner**
Geburtsjahr: 1936
Rentner
37. **Saskia Coerlin**
Geburtsjahr: 1976
Germanistin, Geschäftsführerin
38. **Georg Seitz**
Geburtsjahr: 1945
Elektrotechniker, Rentner
39. **Ute Guthunz**
Geburtsjahr: 1961
Gymnasiallehrerin
40. **Dr. Markus Baier**
Geburtsjahr: 1970
Facharzt für Innere und Allgemeinmedizin
41. **Johanna Behringer**
Geburtsjahr: 1968
Diplom-Psychologin
42. **Johann Hauer**
Geburtsjahr: 1956
Diplom-Ingenieur
43. **Birgit Brod**
Geburtsjahr 1981
Industrietechnologin
44. **Holger Keck**
Geburtsjahr 1971
Kaufmann
45. **Gabriele Dorn-Dohmstreich**
Geburtsjahr: 1957
Diplom-Ingenieurin
46. **Christofer Zwanzig**
Geburtsjahr: 1978
Historiker, Doktorand
47. **Gunda Gerstenmeyer**
Geburtsjahr: 1955
Technische Assistentin
48. **Johannes Staedtke**
Geburtsjahr: 1967
Gärtnermeister
49. **Jule Mildenberger**
Geburtsjahr: 1959
Diplom-Sozialpädagogin
50. **Gerd Peters**
Geburtsjahr: 1943
Wissenschaftlicher Angestellter/
Rentner

Wahlrecht von Geburt

Von Renate Schmidt MdB

Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger, derzeit wirbt eine Gruppe Parlamentarier im Bundestag für ein Wahlrecht von Geburt an. Dieser Vorschlag klingt zwar auf den ersten Blick etwas ungewöhnlich, daher möchte ich Ihnen meine Beweggründe darlegen, warum ich das Wahlrecht von Geburt an für eine geeignete Möglichkeit halte um die Politik nachhaltig im Sinne der Familien zu beeinflussen.

Zur Zeit sind ca. 14 Millionen deutsche Staatsbürger und Staatsbürgerinnen vom Wahlrecht ausgeschlossen, und zwar allein aufgrund ihres Alters. Die Verfassungsnorm, die das Wahlalter auf 18 festlegt, ist jedoch weder zwingend, noch gar unabänderlich. In der Vergangenheit ist sie auch verändert worden, indem Anfang der 1970er Jahre das aktive Wahlrecht von 21 Jahren auf 18 Jahren gesenkt wurde. Vor allem aber steht die Wahlalterbegrenzung im Gegensatz zu einem anderen Verfassungsartikel, nämlich dem, dass alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht. Und hierzu gehören alle Deutschen von Geburt. Da das Volk die Staatsgewalt in Wahlen ausübt, alle Deutschen von 0 bis 17 Jahren von der Wahl aber ausgeschlossen sind, bedeutet dies eine Vorenthaltung des Wahlrechts für mehr als 17 Prozent des deutschen Volkes.

Weil das Wahlrecht ein politisches Grundrecht ist, muss es also schwerwie-

gende, verfassungswirksame Gründe geben, um einem erheblichen Anteil des deutschen Volkes die Ausübung dieses Grundrechtes vorzuenthalten. Dabei ist besonders bedenklich, dass nur die jungen Menschen von 0 bis 17 Jahren von der Wahl ausgeschlossen sind; irgendwelche anderen vergleichbaren Vorenthaltungen des Wahlrechts kennt unsere Verfassung nicht.

Bis die Kinder in der Lage sind, ihr Wahlrecht selbst auszuüben, können die Eltern das Wahlrecht für ihre Kinder ausüben. Das ist auch rechtlich so gedeckt, da sie dabei im Rahmen ihres grundgesetzlich legitimierten Elternrechts handeln. Es verstößt auch nicht gegen den Grundsatz der geheimen Wahl, wenn sich Kindern mit ihren Eltern über die Wahlentscheidung unterhalten.

Es gibt keine stichhaltigen Gründe, jungen Menschen von Geburt an bis zum Erreichen des 18. Lebensjahrs in Deutschland das Wahlrecht vorzuenthalten. Dies ist verfassungsgemäß, dies ist politisch und es ist demographisch geboten: Denn in einer Gesellschaft in der die Altersgruppe der über sechzigjährigen zunehmend dominiert, müssen die Interessen der Kinder und Jugendlichen auch eine gewichtige Stimme haben. In der Demokratie ist das das Wahlrecht.

„Beenden Sie den Milchpreis-Wahnsinn, Herr Seehofer“

Pressemitteilung von Renate Schmidt MdB, 31.07.2007

Die Bundestagsabgeordnete Renate Schmidt fordert den Landwirtschafts- und Verbraucherschutz Minister Horst Seehofer auf, den „Milch-Wahnsinn zu beenden“:

Damit deutsche Milchviehbauern 10 Prozent ihrer produzierten Milch ins Ausland exportieren können, subventioniert der Bund den Milchexport in Milliarden-Euro-Höhe pro Jahr. Jetzt, da der Milchpreis auf dem Weltmarkt wegen einer Dürreperiode in Ozeanien explodiert, zahlt der deutsche Verbraucher die doppelte Zeche. Das ist eine typische Milchbübchenrechnung.

Herr Seehofer als Landwirtschafts- und Verbraucherminister muss einsehen, dass wir einen besseren Außenschutz des Milchmarktes auf EU-Ebene brauchen. Besonders wichtig ist es auch, dass wir an der Milchquote festhalten. Nur durch die Milchquote können wir langfristig die Versorgungssicherheit auf dem deutschen Milchmarkt mit qualitativ hochwertiger Milch sicherstellen.

Milch ist ein Grundnahrungsmittel, das aus regionaler Nöhre zu seinem Verbraucher kommen muss. Daran müssen wir weiter arbeiten, das ist mir wichtiger als ein konkurrenzfähiger Weltmarktpreis.

Frauenpolitik in Europa - Quo vadis?

Veranstaltung von Lissy Gröner MdEP

01.10.2007, 17-20 Uhr
Presseclub Nürnberg, Gewerbemuseumsplatz 2

Die Europäische Union und besonders das Europäische Parlament sind seit vielen Jahren der Motor für progressive Frauenpolitik in Europa und in den Mitgliedsstaaten. Ob Gleichstellungsrichtlinie, Antidiskriminierungsrichtlinien, Gender Mainstreaming, das Programm Daphne gegen Gewalt an Frauen oder auch das neue Gender Institut – all dies ist jenen ein Begriff, die im Bereich der Frauenpolitik aktiv sind.

- Welche Erfolge haben wir zu verzeichnen, wo gibt es noch viel zu tun?
- Ist Gender Mainstreaming tatsächlich eine funktionierende Strategie zum Abbau von Ungleichbehandlung zwischen den Geschlechtern?
- Bedeutet Gleichstellungspolitik auch Frauenpolitik oder wird damit eher eine neue Männerpolitik vertuscht?
- Welche Maßnahmen sind nötig, um die im europäischen Vergleich eher schlechte wirtschaftliche, soziale und politische Position von Frauen in Deutschland zu verbessern?

All diese und noch mehr Fragen möchte ich mit den PodiumsteilnehmerInnen und Ihnen diskutieren. Im Anschluss an die Diskussion lade ich Sie herzlich zu einem Empfang mit Imbiss ein.

Es diskutieren:

- Lissy Gröner, Mitglied des Europäischen Parlaments, Neustadt/Aisch
- Joachim Ott, Europäische Kommission, Brüssel
- Brigitte Triems, stv. Vorsitzende des Deutschen Frauenrates und Mitglied im Vorstand der Europäischen Frauenlobby
- Ida Hiller, Frauenbeauftragte der Stadt Nürnberg
- Moderation: Sabine Gilleßen, Politikberaterin SG Consul, Brüssel.

Lissy Gröner bittet um Rückmeldung an ihr Büro per e-Mail (l.groener.mep@t-online.de) oder Fax (09161-1068).

Grüßwort-Slam von Wolfgang Vogel zum Jubiläumstag „25 Jahre E-Werk“

*Eih, Bernd, was hast Du mir angetan?
Der Slam für das E-Werk wirft mich aus
der Bahn.
Ich dachte, es steht nur ein Grüßwort an.
Eih, Bernd, was hast Du mir angetan?*

E-Werk, wofür stehst Du, wofür stehst dieser Wahn?
Das fragt sich in der Stadt fast jeder Mann und jede Frau, denn wir sind emanzipiert. Zusammen wird heut herzlich gratuliert.

E steht nicht nur für Elektrizität.
Das E steht auch für Exklusivität.
für Entertainment und Extravaganz,
für ethnische Vielfalt und echte Toleranz.

Das E steht auch für Emanzipation
Und nicht nur die hier tanzen, stehn auf pure Emotion
25 Jahre dauert der Erfolg
Ich finde das entzückend –
Auch wenn die Stadt mitunter schmolzt

*Und trotzdem schnürt's mir die Kehle fast zu.
Der Speakers' Slam bringt mich aus der Ruh.*

*Eih, Bernd, was hast Du mir angetan?
Der Slam für das E-Werk wirft mich aus
der Bahn.
Ich dachte, es steht nur ein Grüßwort an.
Eih, Bernd, was hast Du mir angetan?*

Manchmal gibt's in der Stadt auch was zu nölen
über Jugendliche, die am Abend zu viel grölen.
Verbote allein, das bringt hier wenig.
Und die Kids, die erreicht man ja damit eh nicht.

Drum geht erfolgreich das E-Werk außer Haus.
Streetworker bauen das Vertrauen wieder auf.
Entschlossen werden die Probleme angepackt
Es lohnt hier zu investieren - das hat jeder wohl gerafft.

Eigenwillig, eigenständig, eigenfinanziert, manche meinen – schon viel zu etabliert
Ebbe in der Kasse - Entschlusskraft ist gefragt
Esprit, Euphorie, Energie ist angesagt.

Expansiv, exklusiv, extravagant -
das E-Werk rockt, das Programm ist fulminant
Voller Energie und voller Elan!
Weiter so Leute – enthusiastisch geht's voran!

Das Team explodiert vor Tatendrang, ekstatisch, erotisch – wo Ihr seid, da geht's lang!
Erfrischend, erheiternd, die Politik kriegt Euch nicht klein.
Ja, das E-Werk ist Elite – und so soll es sein.

Das E-Werk - das ist ein echter Edelstein
Und wer mir hier nicht zustimmt - der geht halt heim
Das E-Werk ist Spitze, mein letzter Jubelschrei
Ende, ex, Epfel, etz is es vorbei
Ich hoffe, dass das Publikum nicht mit mir zankt.
Mein Slam ist hier zu Ende - vielen Dank

Zugabe

Ehrlicherweise muss ich gestehen,
bin gar nicht froh, in die Verlängerung zu gehen,
Mir gehen die Begriffe mit „E“ langsam aus,
und ohne Begriffe ist slammen ein Graus.

*Eih, Bernd, was hast Du mir angetan?
Der Slam für das E-Werk wirft mich aus
der Bahn.
Ich dachte, es steht nur ein Grüßwort an.
Eih, Bernd, was hast Du mir angetan?*

Doch langsam krieg ich Gefallen an der Sach'.
Das E-Werk macht müde Polit-Profis wach.
Drum versprech ich Euch ehrlich mit meiner Partei,
wir bleiben Euch auch bis zum 50. treu.

Wir Sozis, wir lassen Euch nicht allein.
Erlang' ohne E-Werk? Das kann gar nicht sein!
Erprobt und voll Ehrgeiz, erfreulich erfahren,
das E-Werk, das muss man noch lange bewahren.

Und wenn ich zum 50. als Rentner dann komm,
Bernd Urban, dann gnade Dir, was Dir dann frommt!
Mit zittriger Stimme ruf ich Dir zu,
die Worte, sie lassen Dich nie mehr in Ruh:

*Eih, Bernd, was hast Du mir angetan?
Der Slam für das E-Werk wirft mich aus
der Bahn.
Ich dachte, es steht nur ein Grüßwort an.
Eih, Bernd, was hast Du mir angetan?*

Frauensport ist mehr als das Vorprogramm im Männersport

Von Renate Schmidt MdB

„Frauensport ist mehr als das Vorprogramm im Männersport,“ mit dieser Aussage richten sich die SPD-Bundestagsabgeordneten Renate Schmidt, Elke Ferner, Kerstin Griese und Christel Humme an die Intendanten der öffentlich-rechtlichen Fernsehsender um auf die eklatante Ungleichbehandlung von Frauen- und Männersport aufmerksam zu machen. Allein dem Regionalen Männersport wurden 2004 in den ARD-Sendern 560 Minuten gewidmet (NDR: 160 Minuten, WDR: 120 Minuten, BR: 120 Minuten, MDR: 160 Minuten) während der Frauenbundesliga im gesamten Jahr lediglich 15 Minuten Sendeplatz in allen Sendern eingeräumt wurden.

„Es darf nicht sein, dass Frauensport immer nur ein Anhängsel von Männersport ist. Frauen bringen genauso großartige Leistungen, haben Bundesligen und gewinnen Weltmeisterschaften und verdienen dadurch auch die Anerkennung, die ihre männlichen Sportskollegen bekommen. Dies scheitert aber an der geringen Medienöffentlichkeit und der daraus resultierenden geringen Resonanz bei potentiellen Sponsoren. Es ist die Aufgabe der öffentlich-rechtlichen Sender, für alle da zu sein, also nicht ein einseitiges Gewicht auf Männersport zu legen. Ich hoffe, ARD und seine Sender sowie das ZDF kommen auch zu dieser Überzeugung,“ so die Abgeordneten.

Ökostrom in Erlangen

Von Julie Mildenberger

Im Februar – und noch mal während des Gipfels in Heiligendamm – gab es eine Aktion, für einige Minuten den Strom abzuschalten, als Signal für das Weltklima. Ist es da nicht sinnvoller, auf Ökostrom umzustellen, egal ob von den Erlanger Stadtwerken oder von Greenpeace?

„natürlichERLANGEN“ – das ist zur Zeit in Erlangen ein engagiertes Jahresmotto. Auf viele verschiedene Arten werden den Menschen in unserer Stadt ökologische Themen nahegebracht – Ausstellungen, Aktionen, Broschüren, Veranstaltungen.

Bei der offiziellen Eröffnung des Jahres mit Professor Klaus Töpfer, EX-Umweltminister und EX-Direktor des UN-Umweltprogramms wurde einmal mehr an unsere persönliche Verantwortung appelliert, auch im Kleinen unsere Möglichkeiten auszuschöpfen und etwas dafür zu tun, die drohende (bzw. schon in Gang gesetzte) Klimakatastrophe zu stoppen oder zu entschleunigen.

Doch wie ökologisch denken und handeln die Erlanger Bürgerinnen und Bürger eigentlich wirklich, wie steht es mit unsrem Umweltbewusstsein, wie viel sind wir bereit, dafür auszugeben?

Klar, Bio-Tomaten, gesiegelte Milchprodukte, unbelastete Paprika – da hat sich

schon viel getan, ist ja auch gut für die Gesundheit!

Aber wie sieht es aus mit Naturstrom? Vor einigen Jahren haben die Erlanger Stadtwerke – neben anderen Anbietern – mit „FrankenNatur“ einen ersten Versuch gemacht. Es war schon teurer als der „normale“ Tarif – weiß ich als eine, die sehr schnell dieses Angebot aufgenommen hat. Jetzt, Anfang des Jahres, wurde der Tarif geändert, in „ERconomy natur“, einiges günstiger als „FrankenNatur“. Der Strom dazu kommt aus Wasserkraftwerken in Österreich.

Wirklich ein sehr günstiges Angebot, das die Stadtwerke ihren KundInnen anbieten, durchaus konkurrenzfähig zu „ERconomy“, der Arbeitspreis liegt bei 17,80 ct/kWh im Gegensatz zu 17,55 ct/kWh, bei einem monatlichen Grundpreis von 5,45 Euro.

Aber sie bekommen ihre eingekaufte Menge nicht los! Gerade mal 275 (in

Worten: zweihundertfünfundsiebzig) der rund 50.000 Privatkunden der Stadtwerke in Erlangen haben sich für diesen Strom entschieden – liegt es vielleicht daran, dass wir nicht sehen, was für ein Strom aus der Steckdose kommt? Oder ist er am Ende zu billig, weil was billig ist kann nichts taugen?

Ich war sehr enttäuscht und im ersten Moment sogar regelrecht erschüttert, als ich die Zahlen der EStW erfahren habe. Geiz ist geil – dann doch lieber Stand-By-Geräte ausschalten, Energiesparlampen nutzen und den Wäschetrockner abschaffen und dafür „sauberen“ Strom aus regenerativen Energiequellen beziehen; das ist auch nicht teurer, vielleicht sogar billiger als gedankenlos Strom zu verbrauchen („ich hab ja den günstigsten Tarif“).

Es wäre ein Signal im Umweltjahr 2007, wenn es bei den Haushalten mit Ökostrom zu 100%-Steigerung kommen würde – so könnte Erlangen zu Recht mit „natürlichERLANGEN“ werben!

Energie für Industrie, Verkehr und Privathaushalte (Teil 2)¹

... oder: Müssen Strom und Heizung teurer werden? Was tun gegen Preistreiber?
Von Hannes Allabauer

„Soziale Marktwirtschaft“ und der Unterschied von Unternehmer- und Arbeitnehmer-Interessen

Die globalisierte Marktwirtschaft hat uns immer mehr in der Gewalt und gibt sich wie Krieg mit anderen Mitteln – von sozial keine Spur. Unsere Gesetzgebung macht es den Shareholdern (zumeist Hedgefonds) leicht, auf den Kapitalmärkten (z. B. Börse) Firmen zu legal übernehmen und nach ihrem Gutdünken auszubeuten. Sogar Familienunternehmen sind nicht dagegen gefeit, wenn kein geeigneter Erbe folgt, der Eigentümer lieber meistbietend verkauft und damit an eine „Heuschrecke“ abgibt. Die Firma wird dann ausgeschlachtet („filetiert“), d.h. teuer verkäufliches zu Geld

gemacht und billiges abgestoßen – „billig“ sind oft auch Mitarbeiter. Je günstiger sich diese Methode für den „Beutegreifer“ rechnet, umso größer wird seine Performance (Ertrag aus Wertsteigerung plus Dividende), umso begehrt wird er an der Börse und umso gefährlicher wird er für friedfertige Unternehmen – für den Arbeitsmarkt wird das zur Katastrophe. Das Humankapital gilt nur noch wenig, besonders wenn der Beutegreifer im Ausland sitzt und nicht wegen betrügerischen Konkurses belangt werden kann (siehe u.a. BenQ). Jede an der Börse gehandelte Firma gerät so in einen Wettbewerb – kann sie nicht mithalten, sinkt ihr Wert und sie läuft Gefahr, aufgekauft zu werden – je nach Rechts-

konstitution der Firma ist dazu nicht einmal eine große Mehrheit an den Eigentümeranteilen notwendig. Und so dreht sich das Börsenkarussell immer schneller und die Arbeitslosenzahlen steigen bei „guter Wirtschaftsfrage“ – wie in den letzten Jahren hierzulande zu beobachten war. Schützen kann sich eine Firma, indem sie ihr Betriebsergebnis steigert – entweder durch Spezialisierung und Marktbeherrschung (also auch Zukauf von Konkurrenzunternehmen) oder durch Straffung ihrer Betriebsabläufe („Rationalisierung“, d.h. Aufwand/ Belegschaft vermindern und

¹ Teil eins dieses Artikels erschien im Monatspiegel März 2007

zugleich Leistung steigern) oder durch Erreichen eines Monopols mit anschließendem Preisdiktat.

Damit ist uns klar, warum unsere Energiepreise gestiegen sind und wohl noch weiter steigen werden, warum immer wieder mal großflächig der Strom ausfällt, warum sogar lokale Versorgungsunternehmen für den privaten Verbrauch (wie Stadtwerke) in andere Hände übergehen. Das Fahrgeld fürs Börsenkarussell muss bezahlt werden – nicht nur über den Preis von Wertpapieren.

Gewöhnliches Kraftwerkskonzept: Großkraftwerk - Dinosaurier fürs Museum

Wesentliche Eigenschaft der Rationalisierung ist auch die Betriebsgröße, weil große Einheiten ihre Produkte wirtschaftlicher erzeugen können. Das führte bisher dazu, dass große Dampfkraftwerke – sog. Großkraftwerke – große Mengen Strom erzeugen, der nicht in der Nähe gebraucht aber leicht mit geringen Verlusten zu den Verbrauchern geleitet werden kann (Vorteil durch Hochspannungsleitung). Das trifft für die Abwärme überhaupt nicht zu: Nur mit wesentlich höherem Aufwand für Bau und Betrieb könnte bei vergleichbar geringen Verlusten Wärme geliefert werden. Die Kostenrelation fällt massiv zum Nachteil der Wärmeleitung aus. Abwärme entsteht betriebsbedingt durch die Feuerung im Abgas des Dampfkessels wie auch beim Verflüssigen des Dampfes zu Wasser (nach dem Austritt aus der Turbine zwecks Rückführung zum Kessel). Gängige Lösung war bisher das Freisetzen der Abwärme über Kühltürme oder Flusskühler – also pure Energieverschwendung und zwar im großen Stil. Aber da gibt es noch einige dicke Probleme:

- Die Wärme müsste bei dem Überangebot aus einem Großkraftwerk je nach Standort weit weg geleitet werden – daher der Name Fernwärme. Denn üblicherweise stehen solche großtechnischen Anlagen weit außerhalb von Wohngebieten und Industriegebiete sind meist nur schwach oder gar nicht in diese eingebunden. Die Wärmeverteilung in der Fläche einer Stadt geht ja nicht einfach Hand in Hand mit der Stromverteilung.
- Ein Kraftwerk mit Dampfturbine braucht eine Kesselfeuerung und die bringt schmutzige Umwelteffekte bei Verwendung von Steinkohle, Braunkohle, Öl oder Uran. Manches Kraftwerk steht besser nicht in der Nähe des Verbrauchers.

- Große Einheiten sind nicht gefeit gegen Totalausfall. Die Reservehaltung zur Sicherung der Versorgung ist aber umso aufwändiger, je größer die Kraftwerksblöcke sind und je näher sie beieinander stehen (in einem sog. Kraftwerkspark). Diese Vorsorge betrifft z. B. Havarien, Terrorismus, Erdbeben oder einfach nur Ablauf der Gebrauchsdauer (dazu gehört besonders die vorzeitige Alterung von Atomkraftwerken – nicht nur der ersten Baujahre²).

Zur Energieeinsparung ist es also erstes Gebot, Kraftwerkstyp, -Größe und -Standort so zu wählen, dass die Abwärme in der Nähe abgesetzt werden kann – daher der Name Nahwärme – die Stromverteilung ist ja leichter zu handhaben. Die nächstliegende sinnvolle Alternative bei weitgehender Nutzung vorhandener Infrastrukturen (Kostenersparnis) und bestmöglicher Energieersparnis ist das dezentrale Blockheizkraftwerk.

Bekanntlich sind 17 (mehr oder weniger anfällige) Atomkraftwerke zur Stilllegung in den Jahren 2008 bis 2022 vorgesehen – deren 20 Gigawatt Leistung sind also zu ersetzen. Laut Pressemeldungen wäre wohl die gleiche Menge noch mal für veraltete konventionelle Kraftwerke erforderlich. Angeblich planen die Stromversorgungskonzerne den Neubau von 30 neuen Kohle-Großkraftwerken (zusammen mit 26 Gigawatt) und 15 Umrüstungen von Altanlagen. Dabei sei aber zu bedenken, dass gerade solche Kraftwerke heute schon 40% des CO₂-Ausstoßes erbringen! Wird so weitergeklotzt, sind gesteckte Klimaziele ganz gewiss nicht erreichbar – eine sonderbare Energiepolitik haben wir!

Vergleichende Beispiele: Gewöhnliches Konzept – Heizkraftwerk - Blockheizkraftwerk

Der Vergleich der Kraftwerkskonzepte hinsichtlich der Umwandlungs- und Übertragungsverluste bringt es deutlich an den Tag (der verbleibende Wirkungsgrad besagt, was von der eingesetzten Primärenergie beim Endverbraucher ankommt – Zahlenangaben nur grobe Beispiele):

- Großkraftwerk ohne Wärmeauskopplung, nur Stromerzeugung: Verlust im Kraftwerk selbst 40 bis 60% (im günstigsten Fall von GUD, d. h. mit Gas- und Dampfturbine als Einheit), Stromübertragungsverlust 5%. Es verbleiben 35 bis maximal 55% – aber nur an Strom, die eigene Heizungsfeuerung muss der Endverbraucher selbst bestellen.

- Zentrales Heizkraftwerk mit Fernwärmeauskopplung: Verlust im Kraftwerk selbst 20%, wobei 30% Strom und 50% Fernwärme übertragen werden. Stromübertragungsverlust 3% und Wärmeübertragungsverlust 5%. Es verbleiben 75%.
- Dezentrales Blockheizkraftwerk mit Nahwärmeauskopplung: Verlust im Kraftwerk selbst 10 bis 15%, wobei 30 bis 35% Strom und 50 bis 55% Fernwärme übertragen werden. Stromübertragungsverlust und Wärmeübertragungsverlust je 1%. Es verbleiben 80 bis 90%. 90% nur im günstigsten Fall bei Unterbringung im zu beheizenden Gebäude.

Man sieht, dass auch entgegen der für das Großkraftwerk neuesten Technik (GUD) der Wirkungsgrad fast verdoppelt werden kann. Das bedeutet: Halbierung des Aufwandes an Primärenergie und damit auch des CO₂-Ausstoßes ist möglich!!!

Man darf aber nicht nur auf den Wirkungsgrad schauen – denn auch die beste Technik muss bezahlbar bleiben und wirtschaftlich betrieben werden können. Mit der Anlage im eigenen Haus wären fast optimale Bedingungen geschaffen und ein Maximum an Kostenersparnis zu erreichen, da kaum Leitungsbau notwendig wird. Leider ist gerade dann der Betrieb aber nicht so einfach, wenn in einem Haus nur ein Verbraucher sitzt, der die Wärme ungleichmäßig abnimmt – Stromabgabe dagegen ist unproblematisch. Eine sorgfältige Planung (Gefahr der Überdimensionierung, Wärmebedarfsrechnung) ist unerlässlich, besonders bei Kombination mit anderen Wärmequellen (z. B. Solarwärme, Erdwärme).

Einfacher sind Lösungen mit dicht bei einander liegenden Abnehmern mit unterschiedlichen Verbrauchsgewohnheiten, weil Stillstandszeiten kürzer werden bei gleichmäßiger Auslastung. Das betrifft Wohnblöcke, Hochhäuser, Schwimmbäder, Hotels, Bäckereien, Treibhäuser, Bürogebäude, usw. Angesprochen ist also ein städtisches Gebiet mit Verbrauchergemeinschaften – ein vereinzelter Erzeuger und Abnehmer könnte sich finanziell überheben. Die vernünftigste Lösung sind Bau und Betrieb in der Hand der Stadtwerke, damit ist dann auch die Vernetzung von BHKW-Inseln realisierbar, was zusätzliche Versorgungssicherheit bei kleinerer Dimensionierung (Kostenersparnis) bringt. Die Stadt als Eigentümer der Stadtwerke kann das auf den Weg bringen und noch mehr: Sie bezieht ja nicht nur Strom sondern auch Gas

² vgl. Teil 1

und das kann mittels Biogasanlagen auch selbst erzeugt werden, wenn auch nicht in vollem Umfang. Landwirte hängen oft nicht gerne am Subventionstropf und können sich damit (Energiewirt) einen Zuverdienst schaffen. Wie bei Wärme und Strom kann auch da ein vorhandenes Verteilernetz genutzt werden. Wie gut, dass die Stadtwerke nicht „privatisiert“ sind.

Was kann der der Einzelverbraucher bewirken?

Es gab bisher zuhauf allerlei gute Tipps zur Energie(kosten)einsparung – vom Deckel auf dem Kochtopf, Wärmedämmung, sinnvolles Lüften bis zu Brennwertkessel und Solardach. Der Benzinverbrauch steigt trotz aller Aufregung immer noch – aber zu Hause sind die Sparmöglichkeiten zu meist schon ziemlich ausgeschöpft. An das

Blockheizkraftwerk hat sich kaum jemand herangetraut (wie an den Hybridantrieb für PkWs) – „zu teuer“ hieß es immer. Es gibt schon lange kleine BHKW (z. B. derzeit eines mit etwa 1,3 bis 4,7 kW elektrisch und 4,0 bis 12,5 kW thermisch), die sogar geeignet für ein Einfamilienhaus sind. Infos gibt es im Internet unter bhkw-info.de oder oeko.de oder asue.de oder glizie.de. Bei ganzjährigem Wärmebedarf ist ein BHKW schon nach 5 Jahren amortisiert!

Zum Ende der Verteilungspolitik (II)

Diskussionspapier des Linken Forums in der SPD Erlangen

“Es ist kein Geld da!” - “Die Steuern sind zu hoch!” - “Die Staatsverschuldung ist zu hoch!”

Diese Parolen werden nicht von ungefähr fast immer zusammen und von den gleichen Protagonisten neoliberaler Ideologie verbreitet und setzen in raffinierter Weise an persönlich sympathischen und privat eingeübten Einstellungen wie Sparsamkeit, Bescheidenheit, Zukunftsvorsorge oder an Zukunftsängsten an. Sie zeigen das ganze Elend neoliberaler Argumentation:

“Es ist kein Geld da”

Das kann ja wohl nicht für die gesamte Volkswirtschaft gemeint sein (s. Teil I). Geld ist in Überfülle da, aber vor allem in den Händen der Geld- und Vermögensbesitzenden. Die Gesellschaft leistet sich mit der Massenarbeitslosigkeit z.Z. jährliche Kosten von rd. 80 Mrd Euro (Transferleistungen und Steuer- u. Beitragsausfälle). Die gesamten Ausfälle durch die konjunkturelle Unterauslastung des Produktionspotentials werden auf jährlich 150 Mrd Euro geschätzt.

Gemeint ist ausschließlich der Staat und abgewehrt werden sollen alle sozialstaatlichen “Ansprüche”, die in Zeiten wirtschaftlicher Stagnation natürlich ebenso steigen wie die Staatseinnahmen sinken. Nach den Dogmen der angebotsorientierten Wirtschaftslehre müssen zur Überwindung der Krise sowohl die Steuern (hauptsächlich für die Unternehmen – in der Annahme, die würden dann wieder mehr investieren) gesenkt, als auch die Staatsverschuldung (wegen deren angeblich zinstreibender Konkurrenz auf dem Kreditmarkt) reduziert werden. Dabei müssten allerdings die Unternehmen mitspielen und die Steuersenkungen auch in Investitionen umsetzen, was bei der wegen der Binnennachfrageschwäche geringen Gewinnerwartung höchst

fraglich ist (steigende Nettogewinne lassen sich auch anders profitabel nutzen, z.B. als Finanzkapitalanlage).

Auf jeden Fall kann diese finanzpolitische Strategie natürlich nur funktionieren durch massives Zusammenstreichen der Staatsausgaben (der investiven ebenso wie insbesondere der sog. „konsumtiven“, d.h. vor allem der Sozial- Bildungs- und Umweltausgaben). Dadurch wird aber die bei sinkender Lohnquote, steigender Arbeitslosigkeit und Armut sowieso schon schwache Binnennachfrage nach Investitions- und Konsumgütern weiter reduziert, mit dem Ergebnis geringeren Wachstums und weiter sinkender Steuereinnahmen, wodurch am Ende auch die Staatsverschuldung nicht sinken kann sondern steigt („Schuldenparadoxon“). Exakt dies ist in den letzten Jahren in der Bundesrepublik zu beobachten gewesen.¹ Die zunehmende Verschleuderung von Volksvermögen (Privatisierung/ Verkauf von staatlichen Unternehmen und Vermögenswerten) konnte dieses Problem auch nicht nachhaltig lösen (Vermögen kann man nur einmal verkaufen!) und hat darüber hinaus die wirtschaftliche Handlungsfähigkeit des Staates weiter geschwächt.

- Staatsausgabenquote (ohne Sozialversicherung): 1991 28,2%, 2005 25,9% BIP
- Investitionen des Bundes: 34.0 Mrd (1996) – 28.1 Mrd (2000) – 23.8 Mrd (2005)
- Steuerquote von 24.2% 2000 auf 21.8% 2005; eine Steuerquote von 24% hätte 2005 zusätzliche 45 Mrd Euro Einnahmen bedeutet, die Kluft zwischen öffentlicher Armut und privatem Reichtum wächst
- Steuereinnahmen: 353,4 Mrd 1991 – 514.7 Mrd 2000 – 501.7 Mrd 2005

- Unternehmenssteuerreform 2001 ging mit einem beispiellosem Einbruch der Unternehmensinvestitionen einher: Gewinnsteuern 34 Mrd (2000) – 25 Mrd (2005) (= -26,5%), Gewinne 224 Mrd (2000) – 337 Mrd (2005) (=+50.4%); Investitionen 251 Mrd (2000) – 227 Mrd (2005) (= -9,6%); Zunahme der Selbstfinanzierung über die Bruttoanlageinvestitionen hinaus (bei den produzierenden Kapitalgesellschaften)

“Die Steuern sind zu hoch” – für wen?

Die Steuersenkungspolitik hat zu einer Verstärkung der Umverteilung von unten nach oben geführt (s. Teil I Netto- zu Brutto-Lohnquote) und zu einem Verzicht von Staatseinnahmen zugunsten der Unternehmen und der Vermögensbesitzer:

- Massensteuern (Umsatz-/ Mehrwertsteuer und Lohnsteuer): 1991 235,6, 2004 316,7 Mrd (= +34,3%) – Gewinn- u. Vermögenssteuern: 1991 69,2 Mrd, 2004 67,3 Mrd (= -2,7%)
- Massensteuern von 37,5% der Gesamtsteuerlast (1960) auf 76,5% (2004), Gewinnsteuern von 34,7% (1960) auf 15,1% (2004)
- Effektiver (d.h. bezahlter im Gegensatz zum nominellen) Steuersatz auf Unternehmens- und Vermögenseinkommen von 28% 2000 auf 18% 2004 gefallen

¹ Die jüngste konjunkturelle Entwicklung bestätigt nur diesen Zusammenhang: “Die Bundesregierung (hat) ... ihren Schrumpf- und Umbaukurs 2006 für ein Jahr unterbrochen ... Auf Steuererhöhungen für Unternehmen wird verzichtet. Und gegen erbitterte Kritik war eine Neuverschuldung deutlich über den Ausgaben für Investitionen geplant. Diese Politik gegen die »Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts« beginnt sich auszuzahlen.” (R. Hickel)

- Verteilungswirkung der Einkommensteuer-Reformen 1998-2004: Entlastung (nominal) 6,4% - 6,1% - 12,3% - 20,8% - 22,1% bei zu versteuerndem Einkommen von 10.000 Euro - 50.000 Euro - 100.000 Euro - 500.000 Euro - 1.000.000 Euro.
- Regressive Wirkung der MWSt-Erhöhung um 3%: Belastungsquote bei den oberen 5% der Einkommen 0,78%, bei den unteren 5% 1,55%; Angestellte 0,40% - Arbeiter 0,51% - Beamte 1,06% - Rentner 1,25% - Arbeitslose 1,30%

“Die Staatsverschuldung ist zu hoch”

Grundsätzlich ist sind Kreditaufnahmen des Staates im Wirtschaftskreislauf ein völlig normaler und notwendiger Vorgang. Der ideologie-getriebene Vergleich mit den Schulden eines Privathaushalts ist völlig unsinnig.²

Öffentliche Neuverschuldung dient der Rückführung von gesamtwirtschaftlicher Ersparnis in den Wirtschaftskreislauf und ist in Stagnations- und Krisenzeiten ein wichtiges Instrument der antizyklischen Finanzpolitik über die Finanzierung von öffentlichen Investitionen. Sie ist die einzige Möglichkeit, künftige Generationen entsprechend ihrer Vorteile durch öffentliche Investitionen an deren Finanzierung zu beteiligen. Vererbt werden nicht nur die Schulden, sondern auch die Vermögenstitel und die mit ihnen finanzierte Infrastruktur. In jeder Generation muss die Verteilung zwischen den Zinszahlungen aus Steuermit-

² Oder würde ein auch noch so neoliberaler Professor einem braven Familienvater raten, zur Vermeidung bzw. Reduzierung der Schulden sowohl die Ausgaben als auch die Einnahmen zu kürzen? Daran wird zweierlei deutlich: 1. Unfreiwillig, sozusagen hinter dem Rücken der neoliberalen Propaganda, wird dem Staat – im Unterschied zum privaten Einzelhaushalt – offensichtlich ein unmittelbarer Einfluss auf die Gesamtwirtschaft eingeräumt, was er aber 2. nach neoliberalen Dogma eigentlich möglichst wenig haben sollte. Der Vergleich entlarvt sich damit als nur auf Staatsausgabenkürzung zielendes “Argument”. (“Man kann nicht mehr ausgeben als man einnimmt” – also Einnahmen runter, dann kann man auch weniger ausgeben oder Ausgaben runter, dann braucht man auch weniger Einnahmen). Und spätestens hier wird der volkswirtschaftliche Unsinn des Vergleichs offenkundig: Während für einen Privathaushalt Sparen durchaus rational und sinnvoll sein kann, führt das Sparen aller Privathaushalte und des Staates über Gesamtnachfrageausfall zu gesamtwirtschaftlicher Stagnation und Krise – wie in Deutschland während der letzten mind. 20 Jahre demonstriert.

teln und den zinsbeziehenden Gläubigern organisiert werden. Dass wir mit der heutigen Staatskreditaufnahme auf Kosten der kommenden Generationen leben ist ein völlig abwegiges Argument. Was nutzt es der Generation unserer Kinder und Enkel, wenn wir ihnen ein Gemeinwesen ohne Schulden (also auch ohne Guthaben), aber mit unzureichender oder zerstörter Infrastruktur und Umwelt hinterlassen?

Dennoch gibt es auch Probleme bei der Staatsverschuldung: neben der sozial ungerechten Verteilungswirkung (die Zinsen fließen ganz überwiegend in die Taschen der vermögenden Gläubiger, müssen aber über Steuern “von allen” - und das heißt im zunehmenden Lohnsteuerstaat von der breiten Masse der Bevölkerung aufgebracht werden) kann die zunehmende Zinsbelastung bis zur finanzpolitischen Handlungsunfähigkeit des Staates führen.

Ohne Frage ist die Staatsverschuldung der Bundesrepublik seit Beginn der 90er Jahre außerordentlich angestiegen und die Zinsbelastung der öffentlichen Haushalte hoch:

- Anstieg der Verschuldung der öffentlichen Haushalte 1991-2005: +142%,

von 599 Mrd Euro auf 1.448 Mrd Euro oder 39,0 % auf 64,6% des BIP

- Zinsausgaben des Bundes: 39,1 Mrd (2000) – 37,6 (2001) – 36,9 Mrd (2003) – 37,4 Mrd (2005)

Die Ursachen sind sinkende Staatseinnahmen und steigende Staatsausgaben als Folge von Stagnation und Krise mit steigender Massenarbeitslosigkeit und vor allem – in der veröffentlichten Meinung schon fast vergessen – die anhaltenden Kosten der deutschen Einheit.

Eine Reduzierung der Staatsschulden ist daher ohne Frage notwendig. Der falsche Weg dazu ist allerdings die Senkung der Staatsausgaben und der Steuern in einer Phase der wirtschaftlichen Stagnation oder eines beginnenden konjunkturellen Aufschwungs: Das Ergebnis wären nur – steigende Staatsschulden (“Schuldenparadoxon”, s.o.). Aus der Krise kann man sich nicht heraussparen, man kann nur herauswachsen.

Die beste Politik zur Senkung der Staatsverschuldung ist eine Wirtschafts- und Finanzpolitik, in deren Mittelpunkt die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit steht.

SPD-Erlanger Mitte

Liebe Genossinnen und Genossen, am 14. Juli hat sich die **Sozialdemokratische Mitte Bayern** in Würzburg gegründet.

Ihr Ziel ist es den vorhandenen pragmatischen und bürgernahen Kräften, gerade in der Kommunalpolitik, wieder mehr Aufmerksamkeit zu schenken und Gewicht zu verleihen. Sie will ruhende Potentiale aktivieren, neue Mitglieder gewinnen und ihren Teil dazu beitragen die Wähler von der SPD zu überzeugen.

Die Sozialdemokratische Mitte Bayern sieht sich als Plattform, auf der der dazu notwendige überbezirkliche Austausch stattfinden soll.

Die SPD-Erlanger-Mitte unterstützt die Gründung der Sozialdemokratischen Mitte Bayern und ihre Ziele.

Wir laden Euch deshalb gemeinsam ein zur Veranstaltung der

**Sozialdemokratische
Mitte Bayern
Unter dem Motto: Die
BayernSPD kann mehr!
8. September 2007,
18:00 Uhr,
Landgasthof Mörsbergei,
Hauptstr. 14, 91088
Bubenreuth (Anfahrt
unter
www.moersbergei.de)**

Dirk Goldenstein - Ursula Lanig - Jochen Kraft

**Redaktionsschluss
für den nächsten Monatsspiegel
Ausgabe Oktober 2007
21.09.2007**



Vorsitzender:
 Christofer Zwanzig
 Telefon: 4003764
 Christofer.Zwanzig@spd-online.de

Anger

Liebe GenossInnen,
 wir laden Euch herzlich ein zu unserer
 Mitgliederversammlung

**am Mittwoch, 19. Sep-
 tember 2007 um 20.00
 Uhr im Angerwirt (Guh-
 mannstr. 10)**

Der Vorstand trifft sich bereits um 19.30
 Uhr

Vorschlag für die Tagesordnung

1. Aktuelles und Berichte
2. Kommunalwahl 2008
3. Integration ausländischer MitbürgerInnen am Anger
4. Projekt Mitgliederwerbung
5. Sonstiges

Für den Distriktsvorstand mit solidarischen
 Grüßen

Sandra Radue und Christofer Zwanzig



Vorsitzender:
 Wolfgang Peter
 Telefon: 303090
 bruck@spd-erlangen.de

Bruck

Liebe Genossinnen und Genossen,
 unsere nächste Distriktsitzung ist am

**Dienstag, den 04.09. um
 20 Uhr beim FSV Bruck**

Wir beschäftigen uns weiterhin mit un-
 serem Programm und den Aktivitäten für
 die Kommunalwahl 2008.

Wir freuen uns auf euren Besuch.

Für den Vorstand
 Wolfgang Peter



Vorsitzende:
 Heike Fischer
 Telefon: 09135-6269
 h.fischer-dechso@web.de

Dechsendorf

Liebe GenossInnen,
 wir laden Euch herzlich ein zu unserer

**Distriktsversammlung
 am Dienstag, den 18.
 September, um 20:00 Uhr
 im Gasthof Rangau**

Vorschlag für die Tagesordnung:

1. Aktuelles und Berichte
2. Kommunalwahl 2008
3. Verschiedenes

**Protokoll der Distriktsver-
 sammlung am 3.Juli 2007**

Die nachhaltige Auswirkung der Sulfitanlage (Abscheidung von Phosphor im Zu-
 lauf des Weiher) auf die Wasserqualität
 kann zur Zeit noch nicht beurteilt werden.
 Nach wie vor ist die Realisierung einer Ring-
 leitung für den Überfluß der Röttenbacher
 Kläranlage die einzige, auch kurzfristig er-

folgversprechende Lösung. Dies soll auch
 im Ortsbeirat weiterhin vertreten werden.
 Der Spielplatz am Weiher (Ostufer) wird
 bis zum Beginn der Schulferien fertigge-
 stellt. Eine ähnliche Meldung kann für den
 Spielplatz im Neubaugebiet Altkirchenweg
 nicht erfolgen, hier ist die Finanzierung
 noch nicht geklärt. Auch beim Thema Ein-
 zelhandelsversorgung kann von einem
 Fortschritt nicht berichtet werden.

Unser Programm für den Kommunal-
 wahlkampf sieht neben Flugblattverteilung,
 Plakatierung und Info-Stand (2mal) vor al-
 lem Veranstaltungen mit unserer OB-Kandi-
 datin vor, eine davon im November (Sonn-
 tag, 11.11.) unter dem Titel „Bürger befra-
 gen Ursula Lanig“. Eine zweite Veran-
 staltung soll im Februar 2008 stattfinden.

Neben unserer nächsten Versammlung
 am 18.9. und dem Sommerfest ist für uns
 Dechsendorfer die Kirchweih vom 31.8.-
 3.9. ein ganz wichtiger Termin.

Für den Vorstand
 Wolfgang Schwerna



Vorsitzender:
Manfred Jelden
Telefon: 601333
manfred.jelden@nefkom.net

Eltersdorf

Liebe Genossinnen und Genossen,
unser nächstes Distriktstreffen ist am

**Dienstag, 18.09. um
20:00 Uhr im Schützen-
haus**

Tagesordnung:

wird aktuell beschlossen

Für den Vorstand
Manfred Jelden



Vorsitzender:
Gabi Dorn-Dohmstreich
Telefon: 992114
dohmstreich@nefkom.net

Frauenaurach

Einladung zur Distriktversammlung Frau-
enaurach

**am Dienstag, den 11.
September 2007 um 20
Uhr im Gemeindezentrum
Frauenaurach.**

Thema: Kommunalwahlkampf

Für den Vorstand
Gabi Dorn-Dohmstreich

Einladung zur Fahrradtour

**Wann: 08.09.2007 um 14:00 Uhr
Treffpunkt: TSV Frauenaurach**

Ursula Lanig wird mit dem Distrikt Frau-
enaurach die wichtigsten Brennpunkte abfah-
ren.

Zum Ausklang machen wir um ca
16.00 Uhr auf der Hüttendorfer Kirchweih
Station.

Herzlichen Glückwunsch, Fritz Spath

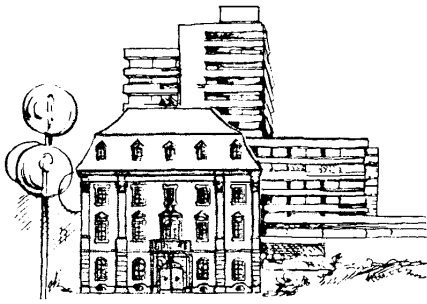
Der Distrikt Frau-
enaurach gratuliert
Fritz Spath, einem der
treuesten Mitglieder,
zu seinem 80. Ge-
burtstag.

Fritz ist in nahezu
jeder Distriktversamm-
lung anwesend und
versorgt uns bei den Distriktversammlun-
gen auch mit Getränken, da wir norma-
lerweise im AWO-Raum tagen und er in
Personalunion als Beauftragter der AWO
immer dafür sorgt, dass dieser Raum recht-
zeitig offen ist und wir pünktlich anfangen
können.

Auch eine zweite Rolle sollten wir ver-
merken. Wenn es im Distrikt hoch her geht,
ist er derjenige, der die Diskussion auf den
Punkt bringt und uns immer wieder auf das
Wesentliche zurückbringt.

Danke, lieber Fritz, Du bist das Rück-
grat unseres Distriktes.





Vorsitzende:
Barbara Pfister
Telefon: 502481
barbara.pfister@fen-net.de

Innenstadt

Liebe Genossinnen und Genossen, im September werden wir zu Beginn unseres monatlichen Treffens gemeinsam eine Ausstellung besuchen, die in der Neustädter Kirche stattfindet: **Wer (ver)braucht was? Nachwachsende Ressourcen, Menschenrechte und Umweltschutz** (siehe ausführliche Ankündigung in diesem Monatspiegel).

Dazu treffen wir uns

am Dienstag, 18. September, um 19 Uhr vor dem Dritte-Welt-Laden (Neustädter Kirchenplatz).

Jule Mildeberger wird uns durch die Ausstellung führen und auf unserer anschließenden **Sitzung im Raum neben dem Dritte-Welt-Laden (ab ca. 20 Uhr)** mit uns über unsere Eindrücke diskutieren. Außerdem werden wir uns mit dem Kommunalwahlkampf des Distrikts beschäftigen.

Zum Ausstellungsbesuch und der anschließenden Diskussion sind natürlich die Mitglieder der anderen Distrikte und alle Interessierten herzlich eingeladen!

Für den Vorstand
Barbara Pfister



Vorsitzender:
Jochen Kraft
Telefon: 6146287
kraft.jochen@gmx.de

Ost

Liebe Genossinnen und Genossen, wir laden Euch herzlich ein zu unserer Distriktversammlung

am Dienstag, den 19.09.2007, 18.00 Uhr, in der AWO Ost, Drausnickstr. 82

Unsere **OB-Kandidatin Ursula Lanig** wird mit uns ihre Vorstellungen diskutieren. Als weiteres Thema steht die Wahlkampfplanung des Distrikts auf der Tagesordnung.

Wir freuen uns auf Euer zahlreiches Erscheinen.

Jochen Kraft

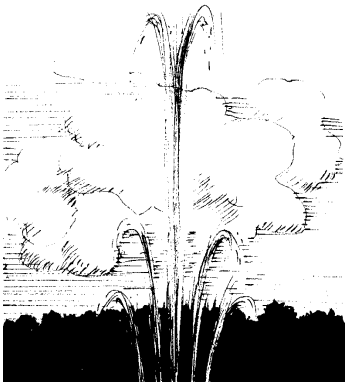


504 €

geschenkt

vom Staat. Riester-Förderung im Jahr 2007 für zwei Erwachsene mit eigenem Altersvorsorgevertrag und zwei Kindern.

Weitere Infos erhalten Sie bei unseren Beratern oder unter www.sparkasse-erlangen.de.



Vorsitzende:
Brigitte Rohr
Telefon: 4000974

Süd

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch recht herzlich ein zu unserer nächsten

Distriktsversammlung am 19.09.2007, 20 Uhr im Biergarten Röthelheim

Tagesordnung:

1. Aktuelles und Berichte
2. Diskussion über unsere zentralen kommunalpolitischen Eckpunkte
3. Vorwahlkampf
4. Besprechung über die Gestaltung einer "Distrikts-Zeitung"
5. Verschiedenes

Für den Vorstand
Brigitte Rohr



Vorsitzender:
Rolf Schowalter
Telefon: 601924
rolfschowalter@t-online.de

Tennenlohe

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer nächsten Distriktsversammlung

am Dienstag, 11.09.07, 20.00 Uhr Sportgaststätte „Zur Wied“ (!!)

2. Aktuelles
3. Planung des Ortsrundgangs
4. Sammlung von Aspekten für Ortsteilprogramm
5. Verschiedenes

Weitere Termine:

- 05.10., 16.00 Uhr Ortsbegehung (Näheres im Oktober-Monatsspiegel und im Internet)
- 09.10., 20.00 Uhr Distriktsversammlung in der Schlossgaststätte

Tagesordnung:

1. Rückblick: Kerwa, Fiesta, Tennenloher Bote, Spielplatzfest etc.

Für den Vorstand
Rolf Schowalter



Vorsitzender:
Gerd Peters
Telefon: 44366
gerd.peters-er@t-online.de

West

Protokoll der Distriktsversammlung vom 18.7.2007

Anwesend waren 12 GenossInnen. Im Mittelpunkt der Diskussion stand das Arbeitsergebnis der Listenfindungskommission für die SPD-Stadtratswahlliste.. Insgesamt ist der Distrikt in diesem Vorschlag gut vertreten: unten den ersten 18 Kandidaten der Liste haben 7 KandidatInnen einen Wohnsitz im Stadtwesten. Nicht alle waren aber bisher im Distrikt aktiv. Eine breitere Diskussion ergab sich darüber, warum ein Kandidat, der bereit war, sich ernsthaft zu engagieren, sehr schlecht platziert wurde. Effekte, die sich aus der Struktur der Findungskommission ergeben (insbes. Distriktsvertreter und Vertreter der

Arbeitsgemeinschaften, was für Leute, die sich außerhalb von Distrikten und Arbeitsgemeinschaften engagieren nachteilig sein kann) sowie solche, die sich aus der sehr guten Berücksichtigung des Distrikts im vorderen Drittel der Plätze ergaben, wurden diskutiert. (Anmerkung: Der Vorschlag der Listenfindungskommission wurde von der Juli-KMV bestätigt.)

Darüber hinaus wurden ausgehend von einer Diskussionsunterlage West-Eckpunkte für den kommenden Kommunalwahlkampf diskutiert. Auf einer erweiterten Vorstandssitzung am 4.9. soll die Umsetzung dieser Diskussion in ein überarbeitetes Papier diskutiert werden.

Protokollführung: Gerd Peters

**Vorsitzende:**

Helga Steeger
 Telefon: 47866
 helga.c.steeger@t-online.de

60plus

Liebe Genossin, lieber Genosse,
 bedauerlicherweise beginnt unsere Infor-
 mation nach der Sommerpause mit einem
 Nachruf:

Die Arbeitsgemeinschaft 60plus trauert
 um **Helmut Riekert**, der am 02.07.2007
 verstorben ist. Helmut war lange Zeit für
 die Arbeitsgemeinschaft 60plus im SPD
 Unterbezirk und Bezirk als Vorsitzender
 tätig. Von Beginn an hat er sich für die
 Arbeitsgemeinschaft 60plus eingesetzt,
 weil er auch in dieser Arbeit die politi-
 schen Ziele verfolgte, für die er in der
 SPD eingetreten ist. Helmut wird uns mit
 seiner engagierten und kritischen Beglei-
 tung in unserer Arbeit fehlen.

Nachdem wir uns in den vergangenen
 Monaten intensiv mit dem aktuellen Thema
 der Pflege und Pflegeversicherung beschäf-
 tigt haben, wurde unser Antrag zur Re-
 form der Pflegeversicherung bei der KVM
 am 19.07.07 einstimmig angenommen.
 Damit wollen wir vorerst diesen Bereich
 abschließen und uns einem weiteren aktu-
 ellen Themenbereich zuwenden. Als Ein-
 stieg dazu laden wir ein für

**Mittwoch, den 19. Sep-
 tember 2007, 16.00 Uhr
 im August -Bebel Haus**

Tagesordnung:

- Aktuelles
- Thema: Persönliche Erfahrungen im
 Alltag mit dem demographischen Wan-
 del, Zukunftsperspektiven.
- Verschiedenes

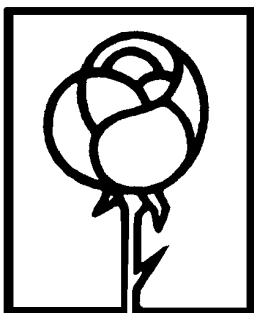
Vorankündigung:

Öffentliche Veranstaltung mit unserer
 SPD-Bundestagsabgeordneten Renate
 Schmidt

**am Donnerstag, 18. Ok-
 tober 2007, 16.00 Uhr,
 im Haus des Handwerks
 (neben dem August-Be-
 bel-Haus)**

zum Thema: **Der demographische Wan-
 del Chance oder Gefahr?**

Für den Vorstand und mit herzlichem Gruß
 Helga Steeger



AsF

Liebe Genossinnen,
 wir treffen uns zur nächsten AsF-Sitzung

**am Mittwoch, den 12.
 September um 20 Uhr im
 August-Bebel-Haus**

Thema: Wahlkampf

Für den Vorstand
 Gabi Dorn-Dohmstreich

Sprecherinnen:

- Johanna Behringer
- Gabi Dorn-Dohmstreich
 Telefon: 992114
 dohmstreich@nefkom.net
- Gunda Gerstenmeyer
- Hildegard Gröger
 Telefon: 502415
- Birgit Hartwig
 Telefon: 55939
 Birgit.Hartwig@web.de
- Jule Mildenberger
 Telefon: 23435
- Barbara Pfister
 Telefon: 502481
 barbara.pfister@fen-net.de



Vorsitzende:
Michelle Starck
Telefon: 0163-1114780
mitch_ave@yahoo.de

Jusos

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir treffen uns wieder am

- Dienstag, 04.09., 20 Uhr, August-Bebel-Haus
- Dienstag, 18.09., 20 Uhr, August-Bebel-Haus

Sozialistische Grüße
Michelle

Protokoll der Sitzung am 24.07.07

Erstens: Frauen!

Moni berichtet vom Frauenbrunch

2. Letzte Vorbereitungen für das SPD-Sommernfest

- Abklären der Zuständigkeiten bezüglich des Mitbringens verschiedener Gegen-

stände, die einen gewissen Nutzen erfüllen.

- Abmachen eines Treffpunkts .

3. Brainstorming zum Thema Wahlkampf

- Auswählen von Zielgruppen und Suchen nach Möglichkeiten um diese Zielgruppen zu erreichen
- Suchen nach Themen, welche für die ausgewählten Zielgruppen von Bedeutung sein könnten
- Nutzen von üblichen Wahlkampfmethoden, wie Flyer schreiben und verteilen
- Erstes sammeln von Ideen, um den Wahlkampf etwas innovativer zu gestalten, wie z.B. Buttons machen
- Drucken von T-Shirts

4. Sonstiges

Hinweis auf das Juso-Fußballfest, welches vom Juso-Bezirk organisiert worden ist

Seminare der Kommunalakademie Bayern der Friedrich-Ebert-Stiftung

Seminar „Fit fürs Amt - Frauen auf dem Weg in die Kommunalpolitik“

Sehr geehrte Damen,
wir möchten Sie sehr gerne einladen zu unserem Seminar "Fit fürs Amt - Frauen auf dem Weg in die Kommunalpolitik" am Dienstag, 09. Oktober von 19:00 Uhr bis 21:30 Uhr in Berg (Oberpfalz).

Genauer finden Sie auf unserer Homepage: www.kommunalakademie-bayern.de

Bei Fragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Über Ihre Anmeldung würden wir uns sehr freuen.

Mit freundlichen Grüßen,
Detlef Staude
KommunalAkademie Bayern

Seminarreihe „Mit Erfolg in die Kommunalpolitik“

Sehr geehrte Damen und Herren,
auch im Herbst 2007 werden wir unsere Seminarreihe "Mit Erfolg in die Kommunalpolitik" wieder durchführen, in der wir kommunalpolitisch Engagierten inhaltliche und methodische Kenntnisse vermitteln.

- Diese Reihe bieten wir zweimal an:
- Modul 1: 14.- 16. September 2007
Modul 2: 19.-21. Oktober 2007
Modul 3: 30. Nov. - 2. Dez. 2007
Ort: Würzburg
 - Modul 1: 28.-30. September 2007
Modul 2: 19.-21. Oktober 2007
Modul 3: 02.-04. November 2007
Ort: Kochel am See

Teilnahmegebühren für alle drei Module:
150,- Euro (Doppelzimmer) bzw. 210,- Euro (Einzelzimmer)

Die Programme der Seminarreihen, aber auch weitere Seminarangebote finden Sie aktuell auf unserer Homepage: www.kommunalakademie-bayern.de

Wir hoffen, dass unsere Seminare Ihr Interesse finden und würden uns über Ihre Anmeldung sehr freuen.

Bei Fragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
Detlef Staude
Kommunalakademie Bayern der Friedrich-Ebert-Stiftung

Ausstellung „Wer verbraucht was?“ Nachhaltige Rohstoffe, Ressourcen und Menschenrechte

10. September bis 5. Oktober 2007, täglich 11-16 Uhr (Führungen nach Absprache), Neustädter Kirche (Friedrichstraße)

Veranstalter: Dritte Welt Laden, Gemeinde Erlangen-Neustadt und Volkshochschule

Wie wir durch unsere Konsummuster aktiv an Formen der Umweltzerstörung sowie an Menschenrechtsverletzungen im Süden beteiligt sind, zeigt eine neue Fotoausstellung der Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt.

Ein Großteil unserer Lebensmittel, Textilien und sonstiger Güter kommt direkt aus den Ländern des Südens. Dadurch werden bestimmte Produkte wie zum Beispiel Textilien immer billiger und Verbraucher halten Niedrigstpreise zunehmend für selbstverständlich. Die meisten von ihnen blenden dabei aus, dass diese Preise auf einer extremen Ausbeutung von Arbeitskräften und Natur beruhen.

Die Ausstellung zeigt anhand dreier Produkte, nämlich Biokraftstoff aus Brasilien, Baumwoll-T-Shirts aus Indien und Fisch aus Senegal diese Zusammenhänge auf.

Zu zwei Produktbereichen benennt sie auch Kaufalternativen: fair produzierte Fische und Textilien, erkennbar an entsprechenden Siegeln.

Zur Verwendung von Biotreibstoff im KFZ allerdings gibt es bislang nur eine umweltschonende Alternative: das Auto stehen lassen und auf Rad oder U-Bahn umsteigen.



Fr, 21. September, 18 Uhr

Baumwolle – der Rohstoff unserer Kleidung

Dritte Welt Laden, Neustädter Kirchenplatz 7

Eine große Menge Wasser wird für die Herstellung eines T-Shirts verbraucht – aber nicht nur das: viele Pestizide und Herbizide werden auf den Baumwollplantagen versprüht. Vergiftung von Trinkwasser und Schädigung der Gesundheit sind die Folgen.

Doch es gibt Alternativen – auch die sollen an dem Abend vorgestellt werden.

Do, 27. September, 19.30 Uhr
„Hungern für die Tankfüllung“ – Biotreibstoff aus der Dritten Welt, mit Laszlo Maraz, Pro Regenwald, München
Volkshochschule, Friedrichstr. 19, Historischer Saal

Bioenergie deckt 7,2 Prozent des weltweiten Energiebedarfs; 2,4 Milliarden armer Menschen hängen ausschließlich von Bioenergie in Form von Brennholz, Holzkohle oder Dung ab. Unter „moderner“ Bioenergie versteht man die Nutzung land- und forstwirtschaftlicher Reststoffe und die Nutzung speziell angebauter Energiepflanzen wie Rapsöl oder Palmöl. Das technische und wirtschaftliche Potenzial der Bioenergie ist sehr hoch; die Nutzung geht aber auf Kosten der Nahrungsmittelerzeugung und zu Lasten natürlicher Ökosysteme. Die Abwälzung der Treibstoffbeschaffung für unseren KFZ-Individualverkehr auf regenerative Energiequellen in Lateinamerika stellt keine Lösung dar, sondern verursacht neue Probleme.

In der Diskussionsveranstaltung sollen die Chancen und Risiken der Biotreibstoffproduktion vorgestellt werden

So, 30. September, 10.00 Uhr
...damit alle leben

Erntedank-Gottesdienst zur Ausstellung „Wer (ver)braucht was?“ in der Neustädter Kirche

Veranstaltungen des Dritte-Welt-Ladens

Di, 25. September 2007, 19.30 Uhr
„Mein Esel hat den Mond verschluckt!“
Volkshochschule, Friedrichstr. 19, Großer Saal

Eintritt: 5,00 EUR

Mitglieder des Fränkischen Sagen- und Märchenkreises erzählen Esel-Märchen aus aller Welt zum Klang von Djembé-Trommeln. Dazu gibt es leckere Köstlichkeiten und Getränke aus dem Dritte Welt Laden.

Der Erlös dieser Veranstaltung geht an die Esel-Initiative, Gemeinnütziger Verein zur Förderung allein erziehender Frauen in entlegenen Weltregionen e.V.

Veranstalter: Dritte Welt Laden, Volkshochschule und Fränkischer Sagen- und Märchenkreis



Fr, 28. September 2007, 20.00 Uhr Einlass, 21.00 Uhr Beginn
Abibou Sawadogo und Band
Traditionelle Musik aus Burkina Faso – mit Gesang, Tanz und Trommeln
Kellerbühne im E-Werk, Fuchsenwiese 1
Eintritt gegen Spende

Abibou Sawadogo, die „Goldene Kundé“ aus Burkina Faso präsentiert mit ihrer populären Band einen Querschnitt durch die traditionelle Musik ihrer Heimat.

Veranstalter: Dritte Welt Laden, E-Werk und Bürgertreff „Die Villa“

Führung durch die Ausstellung

- Dienstag, 18.9., 19 Uhr mit dem Distrikt Innenstadt
- Führung durch Jule Mildenberger
- Treffpunkt vor dem Dritte-Welt-Laden, Neustädter Kirchenplatz 7

Redaktionsschluss
für den nächsten Monatsspiegel
Ausgabe Oktober 2007
21.09.2007



SPD-

Rathaustelegamm

Nummer 07&08/2007

S. 1

Begegnungszentrum im Röthelheimpark: CSU/FDP beschließt „LightVersion“

Ursula Lanig übt massive Kritik am Beschluss der Stadtratsmehrheit

Ursula Lanig, kulturpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion und Oberbürgermeister-Kandidatin der Erlanger SPD, übt massive Kritik am Juli-Beschluss der Stadtratsmehrheit: „Diese Haltung von CSU, FDP und FWG ist nicht nur eine Ignoranz der Arbeit der Fachämter und Fachausschüsse; er zeugt



von stadtplanerischer Inkompetenz der politischen Mehrheit. Und vor allem: Er ist eine Missachtung der Interessen der Bürgerinnen und Bürger im Röthelheimpark und alles andere als kinder- und familienfreundlich.“

Worum geht es? Mit dem Röthelheimpark entsteht im Erlanger Osten ein komplett neuer Stadtteil. Seit Jahren herrscht auf den Baustellen geschäftiges Treiben. Viele junge Familien haben dort schon ein neues Zuhause gefunden oder werden noch einziehen. Ein solcher

Stadtteil braucht die nötige Grundausstattung an Infrastruktur. Er braucht u.a. dringend ein neues Jugend- und Begegnungszentrum. Das „Easthouse“ bröckelt und platzt aus allen Nähten. In der letzten Stadtratssitzung vor der Sommerpause beschloss die CSU/FDP/FWG-Mehrheit nun eine „LightVersion“: Die neue Einrichtung im Röthelheimpark soll deutlich kleiner werden als notwendig. Jugendamt, Kultur- und Freizeitamt und das städtische Gebäudemanagement haben ein solides Konzept geplant. Der Jugendhilfeausschuss (JHA) einschließlich seiner gesetzlich vorgeschriebenen externen BeraterInnen aus der Jugendverbands- und Sozialarbeit und der Kultur- und Freizeitausschuss (KFA) beschlossen am 12.7. einstimmig unter Leitung der CSU-Fraktionsvorsitzenden, die in beiden Gremien den Vorsitz führt, die Verwaltungsvorlage.

Vorgesehen sind im Konzept Gruppenräume für die Jugendverbandsarbeit, ein Jugendclub, eine Jugendfreizeitstätte für die Angebote der offenen Kinder-, Jugend- und soziokulturellen Arbeit, sowie für Eltern-Kind-Arbeit; außerdem ein Saal mit großem Foyer als Begegnungsstätte, zur Förderung des Bürgerengagements, für Veranstaltungen im Stadtteil u. a. Die Größe des Raumprogramms mit 850qm Nutz- und 100qm Lagerfläche bleibt sogar noch unter den Empfehlungen des Bayerischen Landesjugendplans der Staatsregierung in München für kommunale Stadtteilzentren in der Größe des Röthelheimparks: Die gut durchdachte Planung setzt auf Synergieeffekte durch gemeinsame Nutzung der Räume durch die verschiedenen Gruppen und Angebote.

Die Gesamtkosten betragen einschließlich des Grundstückswertes (rd. 800.000 €) und der Container-Übergangslösung nach Abriss des Easthouses (rd. 140 000 €) insgesamt 3,8 Mio. €. Das ist auf den ersten Blick sehr viel Geld, aber nutzungsintensive und (gerade noch!) ausreichend große Infrastruktur hat ihren Preis.

Im Gegensatz zum JHA ist das im Stadtrat am 26.07.2007 der schwarzgelben Mehrheit viel zu viel. Der Oberbürgermeister polemisiert gegen die Planung seiner Verwaltung und – anders als in den Ausschüssen – diffamiert die CSU das Projekt als „Luxuskonzept“. Kategorisch wird die Deckelung der Kosten auf 2,5 Mio. € gefordert und mit den Stimmen von CSU und FDP/FWG beschlossen. Für 2,5 Mio. € gibt es aber höchstens 650 qm Nutzfläche. Zum Vergleich: Das „Easthouse“ ist ca. 450 qm groß. Die reduzierte Fläche wird also bei weitem nicht ausreichen für die im Röthelheimpark



notwendige Stadtteilarbeit. Obwohl die Stadt mit den Grundstücksverkäufen im Rötelpark gut verdient und bisher ca. 53 Mio. zur Deckung des städtischen Haushaltes verwendet hat, wird den BewohnerInnen des neuen Stadtteils jetzt die notwendige Infrastruktur verweigert. Wo bleibt da die Kinder- und Familienfreundlichkeit der Stadtspitze?

Ein Vorbild in Toleranz und Integration: Bürgermedaille für Ruhi Teksifer

Unserem Freund und Genossen Ruhi Teksifer wurde am 6. Juli 2007 in einer Festsitzung des Stadtrats die Bürgermedaille verliehen. Seit mehr als 30 Jahren setzt sich der ehemalige SPD-Stadtrat für Integration und Toleranz in Erlangen ein, lange Zeit als Vorsitzender des Ausländerbeirates (1977-1990), später als SPD-Stadtrat (1990-2002); und auch heute noch engagiert er sich ehrenamtlich für Integration, nicht nur als Ausländerberater der Stadt, sondern auch als Vorsitzender des Partnerschaftsvereins der Städte Erlangen und Besiktas in der Türkei, deren Städtepartnerschaft er maßgeblich mit aufgebaut hat. Die SPD-Stadtratsfraktion gratuliert auf diesem Weg nochmals ganz herzlich!



Fraktionsvorsitzende Gisela Niclas zum Integrationsleitbild: „Es bleibt noch viel zu tun!“

Das Integrationsleitbild der Stadt Erlangen fand in der Stadtratssitzung am 26. Juli die ungeteilte Zustimmung aller Fraktionen. Fraktionsvorsitzende Gisela Niclas unterstrich dies ausdrücklich in ihrer Stellungnahme und lobte vor allem auch dessen Zustandekommen. In den letzten eineinhalb Jahren hatten der Ausländerbeirat, die Verwaltung, Parteien, Fraktionen und viele gesellschaftspolitisch in Sachen Integration engagierte Gruppen nicht nur ein Leitbild entwickelt, sondern auch einen Maßnahmenkatalog mit Prioritäten erstellt. Ursprünglich sollten erste konkrete Projekte zusammen mit dem Leitbild beschlossen werden, um den politischen Willen zu bekräftigen. Leider wurde dies in die Haushaltsberatungen der nächsten Jahre verschoben. „Die Schwachstelle des Leitbildes bleibt seine Unverbindlichkeit“, so Gisela Niclas, „im Herbst kann die CSU/FDP-Mehrheit beweisen, ob es nur um wohlklingende Prinzipien geht oder um den ernsthaften politischen Willen zur Umsetzung. Es bleibt noch viel zu tun.“

Mangelnde Umsetzung der Deutschkurse für Vorschulkinder: SPD-Fraktion mahnt Stadt

Mit allem Nachdruck musste die SPD-Stadtratsfraktion mit einem erneuten Antrag auf ein Thema verweisen, bei dem Stadtverwaltung und Mehrheitsfraktionen offensichtlich wieder nicht genau hingeschaut haben. Während die Sozialdemokraten bereits im März 2006 in einem Antrag auf Probleme bei der praktischen Umsetzung der Deutschkurse für Vorschulkinder hingewiesen hatten, sahen Stadtverwaltung und Mehrheitsfraktionen keinen Handlungsbedarf. Deswegen musste die SPD nun wieder mahnen. Immer noch – wie bereits 2006 – kann ein erheblicher Teil der Kinder aus den Kindergärten nicht an den Deutschkursen teilnehmen. So können zum Beispiel im Anger berufstätige Eltern, häufig alleinerziehende Mütter, während ihrer Arbeitszeit die Begleitung zur Schule, wo die Kurse stattfinden, nicht übernehmen. Die Stadt hat offenbar keinerlei Überlegungen zur Problemlösung angestellt. Auch der Freistaat trägt Schuld. Er hat die Deutschstunden eingeführt ohne Rücksicht auf die praktische Umsetzung und vor allem ohne eine ausreichende Finanzausstattung. „Die Stadt muss bei der Landesregierung laut protestieren, aber sie muss auch selber handeln und den Unterricht wirksam unterstützen“, findet Birgit Hartwig, Sprecherin der SPD-Fraktion für Kinder, Jugend und Familien. Für die Bildungschancen der Kinder mit Migrationshintergrund sei die Sicherstellung der Deutschkurse dringend erforderlich, aber auch für Kinder aus sozial benachteiligten Familien. Man könne nicht einerseits mit lautem Jubel ein Integrationsleitbild beschließen und andererseits bei konkreten und wirksamen Maßnahmen untätig bleiben. Die SPD konnte durchsetzen, dass das Thema am 2. Oktober ausführlich im Schulausschuss behandelt wird. Die Hauptforderung lautet: Für die Begleitung der Kinder vom Kindergarten zur





Schule legt die Verwaltung Lösungsvorschläge vor. Insbesondere ist dabei zu prüfen, in welchen Fällen der Unterricht im Kindergarten stattfinden kann, und wie, wo dies nicht möglich ist, der Transport der Kinder zur Schule sowie der Rückweg organisiert werden kann, ohne dass den Eltern zusätzliche Kosten entstehen.

Fortsetzung der Unterstützung für San Carlos gesichert

In einem Antrag im Juni machte die SPD-Stadtratsfraktion erneut auf die großen Anstrengungen der Bürgerinnen und Bürger von San Carlos bei der Entwicklung ihrer Stadt aufmerksam. Einerseits konnte in Zusammenarbeit mit dem Agenda-Beirat in den letzten Jahren eine ganze Reihe von Maßnahmen vorangebracht werden, andererseits ist noch sehr viel zu tun, vor allem in der Gesundheitsprävention und der medizinischen Versorgung. Dank der sehr großzügigen Spende einer Erlanger Bürgerin, die durch die verstärkte Öffentlichkeitsarbeit auf San Carlos aufmerksam geworden war, kann das nun schneller voran gehen; gerade dieses Beispiel zeigt aber, wie wichtig es jetzt ist, in der Informations- und Öffentlichkeitsarbeit hier in Erlangen nicht nachzulassen. In der Stadtspitze war schon laut darüber nachgedacht worden, dass angesichts der Großspende doch auf den Einsatz der im Rahmen der Partnerschaftsmittel im Haushalt vorgesehenen 5000 € verzichtet werden könnte. Mit Erfolg hat sich die SPD-Fraktion in einem Antrag dagegen gewandt und auch gleichzeitig gesichert, dass das Geld zügig zur Verfügung gestellt wird.

Unbekanntes Flugobjekt im Stadtwesten

Auf ein unbekanntes Flugobjekt, das häufig über Büchenbach zu sehen ist, wurde jetzt die SPD-Fraktion durch zahlreiche Bürgerbeschwerden aufmerksam. Das Flugverhalten des kleinen, aber sehr lauten Hubschraubers, der jahrelang die Sicherheits-Mindestflughöhe für Privatflugzeuge über dem Stadtgebiet (300m) einhielt, zeigt, dass er offensichtlich nur zum Vergnügen der Insassen unterwegs ist. Denn: In diesem Jahr fliegt der Hubschrauber extrem tief, nur ca. 50m über dem Grund. Hier hört für die belästigten und gefährdeten Anwohner der Spaß endgültig auf. Zu Recht, findet auch die SPD und stellte einen Antrag für die Feriensitzung des UVPA (Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss) im August. Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, unverzüglich Schritte zu unternehmen, um die Belästigung und Gefährdung der Bürgerinnen und Bürger im Stadtwesten zu beenden. Zudem will die SPD-Fraktion von der Stadtverwaltung wissen, ob und von wem dieses Flugverhalten genehmigt ist und wo der Hubschrauber stationiert ist.

SPD für bezahlbare Mieten und gute Qualität im sozialen Wohnungsbau

Sozialwohnungen müssen nicht nur preisgünstig sein; auch die Prinzipien nachhaltiger Stadtentwicklungsplanung sind dabei umzusetzen. Sie müssen den Anforderungen junger und älterer Familien, aber auch von Einzelpersonen hinsichtlich der Förderung von Nachbarschaft durch gute Aufenthaltsqualität im Gebäude und in dessen Umfeld, der Barrierefreiheit und einer optimalen Energieeffizienz entsprechen.

Unter dieser Zielsetzung begleitet die SPD-Stadtratsfraktion aktiv die Sanierung des Wohnungsbestandes der städtischen Wohnungsbaugesellschaft Gewobau. Zwei Projekte stehen derzeit in der Diskussion: Ein Neubau im Rötelheimpark an der Kurt-Schumacher-Str./Ecke Allee am Rötelheimpark und der Abriss bzw. die Sanierung einiger Gebäude an der Brüxer Straße.

Der **Neubau an der Kurt-Schumacher Straße** steht unter besonderem Druck. Das FDP-geführte Sozial- und Wohnungsreferat erwartet, dass die Mietpreise im Rahmen der – sehr niedrigen – städtischen Obergrenzen zur Gewährung der Kosten der Unterkunft für EmpfängerInnen von Arbeitslosengeld II bleiben müssen. Außerdem ist der Standort wegen der hohen Verkehrsdichte und des Straßenlärms eigentlich für Wohnen gar nicht geeignet. Der erste Entwurf, der unter diesen Voraussetzungen vorgelegt wurde, scheiterte gleich im Baukunstbeirat: Nur teilweise barrierefrei, die Eingänge direkt an der Straße, und auf der Rückseite statt eines Grünbereiches mit Spielplatz die Parkplätze. Eine Grundstücksalternative, wie von der SPD gefordert, war angeblich im ganzen Rötelheimpark nicht mehr zu finden; erreicht werden konnte hingegen, dass im Rahmen eines



Architektenwettbewerbs neu geplant wird. Ziele sind die völlige Barrierefreiheit und Verlegung des Parkplatzes weg aus dem Erholungsbereich der MieterInnen hinter dem Gebäude.

Um die Voraussetzungen für qualitätsvollen sozialen Wohnungsbau zu schaffen, braucht die städtische Wohnungsbaugesellschaft eine bessere Finanzausstattung. Die SPD fordert daher, das Grundstück der Gewobau in Erbpacht oder zu einem deutlich reduzierten Grundstückspreis zu überlassen. Diese Entscheidung steht nach der Sommerpause an.

Die wegen statischer Probleme und hohem Sanierungsbedarf zum Abriss vorgesehenen **Wohnungen an der Brüxer Straße** werden nach dem Protest der MieterInnen vor einer endgültigen Entscheidung zunächst von einem unabhängigen Gutachter der Landesgewerbeanstalt untersucht. Auf dieser Grundlage wird dann sorgfältig untersucht, ob eine effiziente und dennoch kostengünstige Sanierung möglich ist. Dafür hatte sich die SPD eingesetzt. Die MieterInnen möchten wegen ihrer guten Nachbarschaft und der günstigen Mieten gerne dort bleiben. Für den Fall, dass eine Sanierung aus statischen und wirtschaftlichen Gründen nicht möglich ist, setzt die SPD mit einem entsprechenden Antrag auf den schrittweisen Neubau von barrierefreien Sozialwohnungen für das Mehrgenerationen- bzw. Seniorenwohnen. „Möglichen Plänen zur Errichtung von Eigentumswohnungen, die sich die dortigen Mieter auf gar keinen Fall leisten können, erteilen wir eine klare Absage“, so Stadträtin und Gewobau-Aufsichtsrätin Barbara Pfister.

Unsere weiteren Anträge:

- Adenauerring: Konsequenzen aus der nicht erfolgten Rückstufung der Häuslinger Straße
- Erhaltung der Kindertagesstätte in der Altstadt
- A3: SPD-Fraktion für schnellere Realisierung des Lärmschutzes

Um weitere Informationen zur Arbeit der SPD-Stadtratsfraktion zu erhalten, schauen Sie auch ins Internet unter www.spd-fraktion-erlangen.de oder schicken Sie uns eine Mail. Gerne senden wir Ihnen die in den einzelnen Beiträgen genannten Anträge im Wortlaut per E-Mail zu.

Kontakt:

SPD-Stadtratsfraktion Erlangen
Rathausplatz 1, 91052 Erlangen
Telefon: 09131-862225
Fax: 09131-862181
Mail: spd@erlangen.de
Internet: www.spd-fraktion-erlangen.de

Impressum:

Das SPD-Rathausstelegramm wird erstellt durch die SPD-Stadtratsfraktion Erlangen, Rathausplatz 1, 91052 Erlangen.
Verantwortlich: Gisela Niclas
Redaktionelle Gestaltung: Gary Cunningham

Auch im Regen macht Feiern Spaß

Impressionen vom Sommerfest 2007

Fotos: Günther Laurer

